ANTIFA NRW SCHISTISCHE ZEiTUNG

Nr. 9 Okt. - Dez. ´95

3 DM



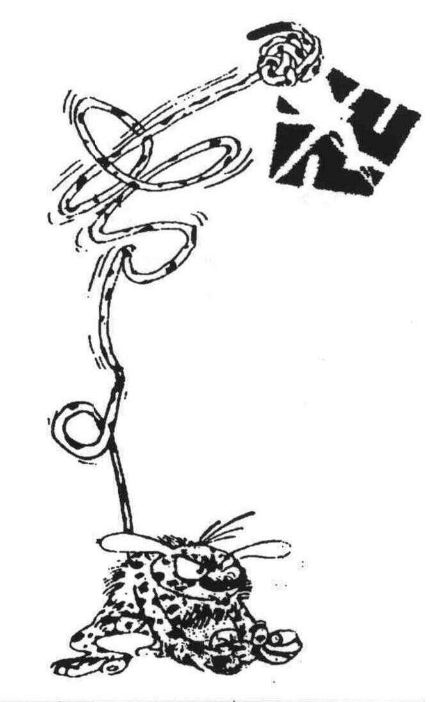
Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

bei der nunmehr neunten Ausgabe der Antifa-NRW-Zeitung hat sich das Gewicht stark von den Kurzmeldungen zu den Hintergrundberichten verlagert. Themen sind hierbei die neueren Entwicklungen in den NF-Nachfolgekreisen, die Sonnenwendfeier an den Externsteinen nahe Detmold, das Studienzentrum Weikersheim, und anderes. Der eigentlich als Leitartikel geplante Beitrag zu den Festlichkeiten am 3. Oktober in Düsseldorf anläßlich des "Tages der deutschen Einheit" wurde zur "Diskussion" gestellt, da weite Teile der Redaktion mit einigen politischen Aussagen des Artikels keine Übereinstimmung fanden, ihn aber als Diskussionsgrundlage für geeignet hielten.

Zum Abschluß sei noch angemerkt, daß wir uns sehr über zugesandte Recherchen freuen (siehe diesmal mager ausgefallene Kurzmeldungen). Außerdem bitten wir um umgehende Meldung bei der Redaktionsadresse bei Nichterhalt der Zeitung.

Eure Antifa-NRW-Zeitungsredaktion



IMPRESSUM

ViSdP: P. Schulze

Kontakt:
ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG
c\o Infoladen
Brunnenstraße 41
42105 Wuppertal

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301 0375 603
BLZ: 441 600 14
Dortmunder Volksbank

Auflage: 1500
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:
Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 18.-DM, also 4,50 DM pro Ausgabe.
Bei Bestellungen von mehr als 10 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt.
Bestellungen bitte an die oben angegebene Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderadresse bitte auf das oben genannte Konto überweisen oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habnahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

„Die 'Nationalistische Front' ist verboten. Sie wird aufgelöst".[1] verkündete im November 1992 das Bundesinnenministerium. Mehr als zwei Jahre später, im April 1995 erklärte Innenminister Manfred Kanther auf eine kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach (Bündnis 90/ Die Grünen), daß die Strukturen der NF durch das Verbot „zerschlagen"[2] worden seien. Neuere Unterlagen, die Ende 1993 dem ex-NF-Vorsitzenden, Meinolf Schönborn „abhanden gekommen" sind und dem Bonner Büro der Grünen Abgeordneten „zugespielt" wurden, belegen jedoch die Fortführung und den Ausbau der einstigen NF-Strukturen. Von der 1992 großspurig angekündigten Auflösung keine Spur.

Eine Bewegung in Enttarnung

Der Hintergrund

Brandanschläge wie in Mölln oder Solingen, Pogromnächte in Hoyerswerda oder Rostock, zahllose Anschläge, bis hin zu Morden an Flüchtlingen und ImmigrantInnen durch die Chargen der braunen Bewegung, prägten das Bild des wiedervereinigten Deutschlands. Die Weltöffentlichkeit war beunruhigt, kaum ein Staatsbesuch ohne daß sich deutsche Politiker für diese Verhältnisse rechtfertigen mußten. Der politische Druck aus dem Ausland wurde stärker und die Bundesregierung, sah sich kurz nach der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl genötigt, aktiv zu werden. Als ein Sondereinsatzkommando der Polizei am 27. November 92 das NF-Zentrum in Detmold-Pivitsheide stürmte, um deren Verbot zu vollziehen, waren die laufenden Kameras der Presse vor Ort. Die Bilder eines vermeintlich gegen Rechts aktiv werdenden Deutschlands gingen um die Welt.

In Folge wurden eine Reihe von Verboten gegen Naziparteien, Hausdurchsuchungen und Verurteilungen gegen deren Anhänger inszeniert. Dies diente vor allem der Profilierung eines starken Staats und der Durchsetzung verschärfter Gesetze. Wenn Nazis, wie das jüngste Beispiel im Falle der „Rudolf Hess Gedenkaktionen" zeigt, für mehrere Tage in Unterbindungsgewahrsam genommen werden, ist dies eine Maßnahme mit Augenwischerei. Wesentlicher, als daß sich die Aktion zufällig gegen Nazis richtete, ist die Tatsache daß derartige Umsetzungen staatlicher Repression gleichzeitig den Abbau demokratischer Grundrechte beinhalteten.

Ebenso haben die Verbote von Naziparteien keinesfalls deren Strukturen beseitigt. Längst hat sich die NS-Szene umstrukturiert, wie das Beispiel der NF verdeutlicht. Letztendlich wurde mit den Verboten nicht der braune Bodensatz trockengelegt, sondern die öffentliche Auseinandersetzung mit dem politischen Problem des erstarkten Neofaschismus in Deutschland beendet.

Trotz Verbot nicht tot

„Ich bin nicht am Ende, sondern ich fang jetzt erst richtig an!",[3] kündigte **Meinolf Schönborn** bereits einen Monat nach dem Verbot der NF an. Den Kurs seine eben erst verbotene Organisation fortzuführen setzte er in den folgenden Jahren konsequent um. Die NF und ihre Nachfolgeorganisationen verstehen sich als elitäre Kaderorganisation. Als Vorbild dient ihr dabei **Himmlers SS**, zu deren Plagiat sich die NF im Lauf der Jahre entwickelt hat. Sie legt gesteigerten Wert auf die Ausbildung und Schulung ihrer Mitglieder. Dabei strebt sie eine Struktur an, die auch unter den Bedingungen der Illegalität fortbestehen kann. So unterwirft sie ihre Aktivitäten dem Prinzip der Konspirativität. Dies erschwerte lange Zeit einen Einblick in das Ausmaß und den Einfluß der NF. Mit den heute zur Verfügung stehenden Quellen wird eine genauere Einschätzung möglich.

Kurz vor ihrem Verbot verfügte die Organisation über mindestens 260 Mitglieder, von denen ca. 120 als Kader galten. Für den gleichen Zeitpunkt sprach der Verfassungsschutz von ca. 130 Mitgliedern. Seither ist die Gemeinschaft um Schönborn stetig gewachsen und konnte ihre Strukturen ausbauen. Nach der von Annelie Buntenbach am 21. August präsentierten Materialsammlung aus dem Besitz Schönborns, zählen zu seinem engeren Umfeld rund 830 Unterstützer und ein Sympathisantenkreis von mehr als 9000 Personen.[4]

Eine zentrale Funktion dieser Struktur nimmt der sog. **„Förderkreis Junges Deutschland"** (FJD) ein. Dabei handelt es sich um eine NF-Vorfeldgruppierung die 1992 nicht durch das Verbot getroffen wurde. Der hierin organisierte Personenkreis charakterisiert sich, wie dem Anmeldeantrag des FJD zu entnehmen ist folgendermaßen: *„Wer nicht an der 'Front' kämpfen kann (...). Wer die 'aktive Truppe' durch eine angemessene monatliche Spende unterstützen will. Wer mit seinen Fähigkeiten und Verbindungen unserer Sache dienen möchte, ohne 'im Rampenlicht' stehen zu wollen."*,[5] der solle Mitglied des FJD werden. Die Mitglieder des FJD lesen sich ein Stammalbum der NS-Bewegung, immer wieder waren gerade sie tragende Stützen der Organisation. So trat etwa das FJD Mitglied[6] **Hans Christian Pedersen** als Bevollmächtigter Schönborns auf, um für ihn Anfang 1994 ein Haus im dänischen Kvaers - welches als neues nationales Zentrum ausgebaut werden sollte - für ca. 80.000 DM zu erwerben.

Neben dem FJD war vor allem der **„Klartext-Verlag"** eines der tragenden Elemente der Schönborn Gemeinschaft. Hierüber wurden Propagandamaterial, T-Shirts oder Aufkleber vertrieben. Interessenten und Sympathisanten traten über ihn mit der Organisation in Kontakt. Als der Verlag zunehmend ins Blickfeld der Behörden geriet, wurde er erst in **„Meinolf Schönborn Verlag"** und im weiteren in **„Deutscher Spielwaren Versand"** umbenannt. Für die Öffentlichkeit wurde das Unternehmen als Schönborns „Privatsache" dargestellt, um einer Kriminalisierung entgegen zu wirken. Die Verlagsgeschäfte, dessen Gewinne zeitweise über 100.000 DM jährlich betrugen, werden maßgeblich von **Stefan Pielert** geführt. Anfänglich im ehemaligen NF-Zentrum in Detmold-Pivitsheide untergebracht, sollte der Verlag in dem bereits erwähnten neuen Zentrum in Kvaers untergebracht werden. Durch den Widerstand der örtlichen Bevölkerung und von AntifaschistInnen mußte Schönborns Gemeinschaft die Pläne, ihre organisatorische Zentrale nach Dänemark zu verlegen wieder fallenlassen - sie wurden einfach aus der Stadt vertrieben. Aus den großspurigen Ankündigungen der Schönborn Truppe, *„jetzt geht es wieder richtig los!"*[7] wurde also erst einmal nichts. Inzwischen in Flensburg untergekommen, betreibt Pielert den Verlag unter dem neuen Namen **„Haithabu"**

über ein Postfach im dänischen Padberg weiter.

Der Aufbau einer Zellenstruktur

Dem Versuch der „kleine(n), aber verschworene(n) Schar"[8] um Schönborn ihre Aktivitäten von Dänemark aus zu steuern, ging eine Phase des Neuaufbaus und der Sammlung neu rekrutierter Anhänger voraus. Am 30.6.1993 rief Schönborn zur Gründung eines **„Propagandaverteilkreises" (PVK)** auf. Wer mitmachen wolle, gründe eine Zelle, um im Fernziel einmal „eine breite außerparlamentarische Opposition"[9] zu ermöglichen.

Im Kern ist das Konzept des PVK identisch mit dem alten NF-Modell des Klartext-Versands von 1987. Es fügt sich nahtlos in ihr Organisationsprinzip ein , Eliten - d.h. Kader - aus einem breiten Anhängerpotential heraus zu kristallisieren. Dem folgend baute sich die „alte" NF nach einem Pyramidenprinzip auf. An unterster Stelle stand die sog. „Basisgruppe". Sie bestand aus maximal 7 Personen und trat regional in Erscheinung. Geleitet wurde die „Basisgruppe" von einem Kader. Zu seinen Aufgaben gehörte es detaillierte Charakteristiken der einzelnen Gruppenmitglieder zu erstellen und an die NF-Zentrale weiterzuleiten. Desweiteren hielt der leitenden Kader den Kontakt zur nächst höheren Ebene der Organisation, den „Bereichen". Diese waren in die vier „Bereiche", Nord, Süd, Mitte sowie Ost[10] gegliedert und unterstanden der „Bereichsleitung", die sich an die „Parteileitung" anschloß. An der Spitze der NF stand der Parteivorsitzende. Auf diese Weise baute sich die Organisation nach einem homogenen, in sich geschlossenem Modell auf. Eine Infiltration von außen ist somit nur schwer möglich.

In ähnlicher Form fiel auch die Organisierung des „Propagandaverteilerkreis" aus. Nach der ersten Sammlungsphase strukturierte sich der PVK spätestens ab November 1993 mittels Kontaktpersonen, über die u.a. der Bezug von Propagandamaterial organisiert wurde. Ab Mitte 94 war die Gemeinschaft um Schönborn wieder so weit gefestigt, daß dieser die alten Kader- und Selektionsprinzipien der NF verkünden konnte. *„Zukünftig wird der einzelne Aktivist deutlich mehr gefordert (...) Wer sein Wort einmal bricht, wer nur einmal gegen die Regeln verstößt, wird nicht mehr unserer Gemeinschaft angehören".*[11] Dementsprechend wurden über den PVK im ersten Schritt neurekrutierte Nazis an die Gemeinschaft herangeführt, um im Folgenden ausgebildet und geschult zu werden, bis sie ihren Platz in der Organisation einnehmen konnten.

In den neuerlich öffentlich gewordenen Materialien von Schönborn werden im November 93 ca. 360 mutmaßliche „Kunden", bzw. Mitglieder des PVKs geführt. Neben den bereits erwähnten regionalen Führungskadern der „autonom nationalistischen Zellen" (Basisgruppen) finden sich hier auch für die Gemeinschaft wichtige Personen wieder, wie etwa der Wiesbadener **Peter Naumann.**

Wenn einer „Deeskalation" suggeriert

Mitte August 1995 trat das „NPD"-Mitglied und Chef des **„Völkischen Bundes"**, Naumann mit dem Schein des Sensationellen in der Öffentlichkeit auf. Spektakulär inszeniert, offerierte er Polizei und Presse mehrere geheime Waffen- und Sprengstoffdepots. Naumann ist kein Unbekannter in der deutschen NS-Bewegung, gilt er doch als der Sprengstoffexperte[12] der Szene. Bereits in den 70er Jahren hatte der Diplomchemiker in Mainz Waffenlager angelegt. 1988 wurde Naumann, u.a. wegen Sprengstoffanschlägen, deren Verabredung, sowie der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung und des Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu einer viereinhalbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, von der er Zweidrittel absitzen mußte. In jüngerer Vergangenheit nahm Naumanns Hang zum Explosiven interessante Konturen an. Wie die antifaschistische Publikation **„Der Rechte Rand"** berichtete, wäre Naumann nach Angaben aus österreichischen Neonazikreisen Leiter verschiedener Sprengkurse in Österreich und Deutschland gewesen.[13] Demnach sollen diese Sprengkurse von dem Berliner **Bendix Wendt**, der im Zuge der ersten österreichischen Briefbombenserie von 1993 verhaftet wurde, bestätigt worden sein. Im März 1995, wenige Wochen nach dem Bombenattentat im österreichischen Oberwart, fanden bei Naumann erneut Hausdurchsuchungen statt. Gefunden wurden dabei zwei Explosivkörper in Form von Rohrbomben.

Mehr als ein Verräter?

An diesem Punkt stellt sich die Frage, wieso ein „Bombenhirn"[14] wie Naumann ausgerechnet zu einer Zeit, in der die NS-Szene unter dem Motto „Eine Bewegung in Waffen"[15] aufrüstet, angelegte Waffen- und Sprengstoffdepots verrät Zur „Deeskalation der Szene"[16] wolle er beitragen, begründete Naumann die Aktion bei der 27 Kilogramm Sprengstoff, Handgranaten, Munition, mehrere Schußwaffen, sowie eine Kalaschnikow gefunden wurden. Ebenso solle dem Staat gegenüber Einlenken signalisiert werden, um den Verfolgungsdruck der unter Repression geratene NS-Szene zu mildern. Tatsächlich scheint dahinter mehr zu stekken als die von Naumann formulierten Platitüden. Die Veröffentlichung der braunen Waffenlager darf nicht als Tat eines Einzelnen, plötzlich der gewalt abschwörenden Nazis bewertet werden. Vielmehr scheint es sich um eine in der NS-Bewegung abgesprochene Aktion zu handeln. Immerhin war neben dem ex-WJ Mitglied **Frank Rennicke** auch der einstige NF-Chef Meinolf Schönborn bei dieser Aktion zugange. Dies legt den Schluß nahe mit einer koordinierten Propagandashow, von eigentlichen Terrorstrukturen und -zellen abzulenken. Erhärtet wird dieser Verdacht durch die Tatsache, daß Naumann in der Szene keinesfalls als Verräter behandelt wird. Im Gegensatz zu „berühmten" Nazi-Aussteigern, muß er mit keinen Repressalien in Form von Paketbomben wie im Fall des ex-Vorsitzenden der „Nationalen Alternative", **Ingo Hasselbach**, rechnen. Bereits wenige Tage nach seinem „Waffenlagerouting" besuchte Naumann, wie Augenzeugen berichteten, das ehemalige NF-Zentrum in Detmold/Pivitsheide.

Die Organisation, eine stahlharte Bewegung

Zurück zum Kern der Schönborn Gemeinschaft, die ab 1995 eine erneute Rekrutierungs- und Strukturoffensive gestartet hat. *„Jedes Mitglied muß ein Aktivist sein (...) Jedes Mitglied muß im disziplinierten Gehorsam der Führung Folge leisten. Die Führung muß straff, ausschließlich und zielgerichtet führen (...) Die Organisation muß eine stahlharte Bewegung sein, in der sich charakterfeste Persönlichkeiten organisieren,"*[17] verkündet die Gemeinschaft lauthals. Auch hier sind die Vorgehensweisen und die vermittelten Inhalte identisch zu denen der alten NF.

Über ein Postfach im holländischen Arnheim können die „stahlharten Aktivisten in spe" Schulungshefte, die den historischen **„SS-Leitheften"** nachempfunden sind, beziehen. Quasi als Fernkurs gedacht, wird eine 24teilige

Lektüre, „Lebensborn-Leithefte der deutschen Ordnung", angeboten, nach deren Studium sich die Aktivisten entscheiden müssen, Mitglied der Organisation werden zu wollen. Die so „Ungefreiten" werden dann zu einem „1. Mannschaftslehrgang" geladen und können nach Beendigung dieser „2. Leitstufe" zum „Gefreiten" oder „Rottenführer" aufsteigen. Nach dem altbekannten „Elitegedanken" der NF werden es allerdings nur noch wenige sein die bis zur „Unterführung" emporsteigen und „Menschenführung" nach dem Vorbild der SS unter Schönborns oberlehrerhaften Fittichen erlernen dürfen.

Gleichzeitig zu den Leitheften wurde eine quasi überarbeitete Form des 10-Punkte-Grundsatzprogramms der NF, eine „Deutsche Grundsatzerklärung" vertrieben. „Rassenmischung bedeutet Völkermord", verbunden mit der Drohung „wir werden dafür sorgen, daß der verbrecherische Anschlag auf unser Volk mißlingt", lautet einer dieser „Grundsätze". Natürlich fehlt darin auch nicht die Glorifizierung der „Volksgemeinschaft", wie ein Bekenntnis zum „Privateigentum", um gleichzeitig die „Bonzen, Wucherer, Spekulanten und Schmarotzer" abzulehnen. In der Terminologie der Nazis wird das so beschriebene „raffende Kapital" synonym für Juden verwendet. Ähnliche Phrasen ziehen sich durch die gesamte „Deutsche Grundsatzerklärung" der Schönborn-Gemeinschaft. Von den einstigen nationalrevolutionären Parolen der „Nationalistischen Front" ist inzwischen nichts mehr übrig, statt dessen produziert sie einen platt fundamentalistischen „Hitlerismus" und die Einschwörung auf das Weltbild der historischen SS.

Die Väter des Gedankens und die Erben der SS

Auffällig ist die ideologische Nähe der „Deutschen Grundsatzerklärung" zu den Inhalten von Vorträgen der so zu bezeichnenden „NF-Berater", **Herbert** Schweiger aus Österreich und Jürgen Rieger aus Hamburg. Sie hatten, wie jetzt bekannt wurde, 1991 eine Überarbeitung des NF-Programms mitübernommen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt wurde deutlich, daß die „alte Garde der SS" der „Nationalistischen Front" unter die Armee griff.

Schlüsselfigur ist hierbei vor allem Schweiger. Der Absolvent der SS-Jungkerschule Braunschweig war nach dem zweiten Weltkrieg und seiner anschließenden amerikanischen Kriegsgefangenschaft „immer im Einsatz für die Deutscherhaltung Österreichs".[18] Heute tritt er u.a. als Referent und Artikelschreiber für die NF und ihre Nachfolgestrukturen auf. Dabei wettert er gegen eine so umschriebe *„jüdische Weltverschwörung"*, die unter dem Deckmantel der *„Geld und Weltpolitik mit Hilfe der Kapitalmacht andere Ziele anstreben als wir volksbewußte Idealisten"*[19], Mit seinem Posten im Vorstand der **„Deutschen Kulturgemeinschaft"** (DKG) mit Sitz in Graz gehört Schweiger zu den einflußreichsten Altnazis Deutschlands und Österreichs. Die DKG ist eine der wichtigsten Scharnierorganisation im neofaschistischen Lager. Sie veranstaltet jährlich eine Gästewoche, an der seit 1989 auch Vertreter der NF teilnehmen durften. Der Kontakt, den Schönborns Truppe damit zur alten Garde der NS-Bewegung bekommen hat, war Ausdruck des politischen Ansehens das seine Gemeinschaft hier erhielt. Aber nicht nur Ansehen erhielt die NF auf diesem Weg. **Thorsten Bunk**, NF-Aussteiger und ehemaliger Kandidat zur Bremer Bürgerschaftswahl, berichtete seine Eindrücke vom NF-Bundestreffen in Niederaula 1991 folgendermaßen: *„Schönborn hat irgendwann Kontakt zu wirklich wohlhabenden Altnazis gehabt, die die NF organisatorisch und mit Geld unterstützt haben und zu diesem Zeitpunkt hörte er auf in Blue-Jeans durch die Gegend zu laufen."* Letztendlich ist davon auszugehen das Altnazis Marke Herbert Schweiger die NF als Organisation, die in ihrem Sinne, also dem der SS, die Ideologie des Nationalsozialismus weitertragen wird, auserkoren haben. Die „Nationalistische Front" und nach ihrem Verbot die Gemeinschaft von Schönborn als die Erben der SS, dieser Schluß liegt nahe.

Nicht nachvollziehbar

lautet die Stellungnahme eines Sprechers des Bundesinnenministeriums auf die jüngsten Veröffentlichung des Materials aus dem Hause Schönborn vom 21. August. Ähnlich wie bei vorangegangenen Anfragen über die Fortführung der „Nationalistischen Front" reagierten die zuständigen Behörden mit Unkenntnis und typischem Abwiegeln. Dabei hätte es der Sprecher doch besser wissen können. Spricht doch selbst der Bielefelder Staatsschutz in einer im Juli veröffentlichten Broschüre von der Fortführung der NF durch Schönborn mit mindestens 500 Mitgliedern. Auch die Detmolder Kollegen des dortigen Staatsschutzes müßten eigentlich nähere Kenntnisse über den Stand der Schönborn-Gemeinschaft haben. Trat ihr kürzlich neu berufener Leiter doch zum Gespräch bei Schönborn, in dessen Zentrum an. Wie Beobachter berichteten brachte er sogar den Kuchen selber mit. Aber sei's drum, alleine das Studium der von Schönborn nach dem Verbot verfaßten Publikationen hätte ausgereicht zu sehen, daß dieser die NF weitergeführt hat.

Hinweis: Im Oktober 95 wird das Buch "Drahtzieher im braunen Netz" im Konkret-Literatur-Verlag, Hamburg, für 29.80 DM erscheinen.

Quellen:

1 Bundesministerium des Inneren, Verbotsverfügung der „Nationalistischen Front", Bonn, 26. November 1992
2 Frankfurter Rundschau, Dienstag 22. August 1995, Nr.194/34
3 Meinolf Schönborn, „Bericht zur Lage" 20.12.1992, Detmold
4 Frankfurter Rundschau, Dienstag 22. August 1995, Nr.194/34
5 Aus dem Aufnahmeantrag des „Förderkreis Junges Deutschland"
6 „Versorgungslinie Nord", Mai 1995, Seite 38
7 Bericht zur Lage, Nr. 6, 1994
8 a.a.O.
9 a.a.O.
10 Der „Bereich Ost" war nicht besetzt, da er sich regional auf Gebiete in den ehemaligen Ostblockstaaten bezog.
11 Bericht zur Lage, Nr.6, 1994
12 „Der Rechte Rand", Nr.34, April/ Mai 95, S. 19
13 a.a.O.
14 a.a.O.
15 Unter dem Titel „Eine Bewegung in Waffen" wurde 1994 eine zweibändige Strategiebroschüre über die Taktik einer „NS-Guerilliabewegung" veröffentlicht. Hinter dem Autorenpseudonym werden die Hamburger Christian Scholz und .... Fiebig vermutet. Gegen sie wurde inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet.
16 „Der Spiegel", Nr. 34, 21.8.95, S. 75
17 „Deutschland unsere wichtigste Aufgabe", 1995
18 Revolte, Nr.2, 1991
19 Aus einer Rede von Herbert Schweiger, gehalten auf der Jahrestagung der „Gesellschaft für freie Publizistik", 1992

Es ist Mittwoch, der 21.6.95 und auf der großen Wiese vor den Externsteinen bei Detmold haben sich trotz der frühen Zeit schon ca. 500 - 600 Personen eingefunden. Auf den unbefangenen Beobachter wirkt die Szenerie vor allem bunt. Neben esoterisch aussehenden Personen mit gebatikten Tüchern, welche meditierend um die Steine wandern, sehen wir ältere Menschen mit Strickjacke und Kniebundhose; Mädchen mit Zöpfen und Kniestrümpfen, welche gut zu dem jungen Mann mit Aufnäher des völkischen Bund heimattreuer Jugend passen würden, der ebenfalls um die Felsen streicht. Die überwiegende Zahl jedoch wirk „alternativ", hat einen „Greenpeace-Aufkleber" am Auto, spielt Bongo oder.... und trinkt Wein. Dazwischen mischen sich einige Heavy-Metals, Waver, Skinheads, Hexen und welche, die wie „echte" Germanen aussehen.

Sonnenwendfeier an den Externsteinen

Was verbindet so scheinbar unterschiedliche Menschen? Sie warten! Sie warten auf den Augenblick, wo die Sonne durchs Felsenloch an den Externsteinen scheint. Es ist Sonnwend, Sommersonnenwende an den Externsteinen. Der Edda, einem isländischen Sagen- und Märchenbuch, zufolge wurde an diesem Tag der kraftspendende germanische Gott Baldur von seinem blinden (daher dunkel) Bruder Hother umgebracht. Und tatsächlich werden auch nach der Sonnenwende die Tage wieder kürzer. Ob dies jedoch an den Göttern liegt bezweifeln wir.

Gerade an den Externsteinen wird gefeiert, da es sich hierbei angeblich um eine vorchristliche, also germanisch-naturreligiöse Stern-Sonnenwarte und um einen Kult-Kraftplatz handeln soll. Dabei ist die Motivation der unterschiedlichen Gruppen so unterschiedlich wie ihr Outfit. Geht es den heidnischen Gruppen darum, sich in eine germanische Bluts- und Kulturtradition zu stellen und sich somit eine germanisch-arische Ahnenreihe zu kostruieren, ist die Motivation der Esoteriker eher verschwommen. Krafttanken, positive Schwingungen aufnehmen, high sein - frei sein, back to nature oder sich in all der Scheiße von Ausbeutung und Unterdrückung mal wieder so richtig heil, „ganzheitlich", heimelich und wohl zu fühlen. Gemeinsam ist dabei allen, daß es sich um einen germanischen Kultplatz handeln muß, denn früher war alles besser. Zivilisation, Raffgier und Besitzdenken statt Stammesverbundenheit, Volksgemeinschaft und Naturnähe zogen angeblich erst mit dem verhaßten Juden-Christentum ein

Das Transportieren faschistischer Inhalte über angeblich germanische Tugenden wie Führerprinzip, Recht des Stärkeren, Befehl und Gehorsam, Mann = stark und im Kampf (Krieg) - Frau = schwach und am Herd, ist nichts Neues. Schon seit Anfang des Jahrhunderts wird versucht den Germanen bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben und diese pseudowissenschaftlich zu beweisen. Die Hochzeit der Germanen-"Forschung" findet sich im Nationalsozialismus, der damit versuchte, seine völkische Hochrassigkeit und die Überlegenheit der germanischen „Rasse" zu belegen.

Zu diese Zweck übernahm 1937 die **Stiftung Ahnenerbe**, Kulturorganisation des Reichsleiters SS **Heinrich Himmler**, vom Laienforscher **Wilhelm Teudt** die Externsteinforschung. Die Planung, die Steine zu einem germanischen Heiligtum von nationaler Bedeutung auszubauen, wurde jedoch nicht verwirklicht. Überhaupt ist wissenschaftlich heute nur das Lagern einiger frühsteinzeitlicher Jäger/Wanderer bewiesen, germanische Funde fehlen gänzlich. Auf den Gründer des Ahnenerbe und „Externsteinexperten" **Herman Wirth** berufen

sich jedoch auch heute noch einige Gruppen. Sie versuchen, die faschistische Forschung zu legitimieren und salonfähig zu machen. Bei einigen Esoterikern, die sich vom offenen Faschismus distanzieren, scheint dieses Konzept aufzugehen.

Insgesamt bleibt festzustellen, daß die mystischen/irrationalen Elemente des Nationalsozialismus und insbesondere der SS, die einen regelrechten Germanenwahn pflegte, bis heute wenig erforscht und beachtet sind.

Faschistische Kontinuität in Inhalt und Person

Zurück zu den „BesucherInnen" der Sonnenwende und der Externsteine. Neben den Esoterikern finden wir jede Menge organisierte heidnische Faschisten und faschistische Heiden. Allerdings sind auch die Esoteriker nicht zu vernachlässigen. Neben einer generellen Kritik an der Esoterik, welche hier nicht leistbar ist, ist in letzter Zeit eine immer stärker Hinwendung der Esoterik Szene zu keltisch-germanischen-nordischen Praktiken, Kulten und Inhalten zu beobachten. Begründung ist hier das angeblich „stärkere" der „eigenen" Tradition. So finden sich verstärkt Artikel zum Heidentum



Geza von Nemenyi mit Catrin Wildgruber



Hans-Michael Fiedler an den Externsteinen (weißes T-Shirt, Brille)

auch in Esoterikzeitungen wie **Esotera** oder **Connection.** Da wird dann der neurechte Chefideologe **Alain de Benoist** als „Kulturphilosoph" vorgestellt. So verwundert es denn auch nicht, daß immer häufiger organisierte Neofaschisten zusammen mit EsoterikerInnen an den Externsteienen zu beobachten sind.

Die Reihen der organisierten Neofaschisten.

Hier reicht die Szenerie von den scheinbar verwirrten „Ur- und Frühgeschichtlern" über die heidnisch-artgläubigen Gruppen hin zu den militanten Gruppen wie **Nationalistische Front, Junge Nationaldemokraten** u.ä..

Die harmlos wirkenden alten Ur-Frühgeschichtler, oft mit persönlicher SS-Erfahrung, finden sich häufig als Referenten des Nachwuchses z.B. in Hetendorf wieder ein. Als Person sei hier exemplarisch Prof. **Dr. Georg Werner Haverbeck** angeführt, im Nationalsozialismus Leiter der Reichsmittelstelle für Volks- Brauchtumsarbeit und seit 1929 Mitglied der Reichsleitung der NSDAP-Studentenschaft. Haverbeck promovierte 1937 bei Hermann Wirth und lebte ein Jahr bei selbigem. Nach dem Krieg brachte er es bis zum Berater von **Gustav Heinemann** in Umweltschutzfragen. Fast gleichzeitig fanden in seiner Bildungsstätte, dem **Collegium Humanum** in Vlotho Seminare mit jenem H. Wirth oder auch später dem Vorbereitungskomitee zum 100. Geburtstag. **Adolf Hitlers** statt. Auch heute noch referiert er, so z.B. bei der **Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde** oder macht Führungen an den Externsteinen zur Sonnenwende. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch der **Walter Machalett Forschungskreis,** welcher jedes Frühjahr eine 4tägige Tagung in Horn an den Externsteinen abhält, der auch der Germanenideologie Wirths anhängt und dessen Referenten sich in Hetendorf oder auch bei der Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde wiederfinden.

Zuhauf sind die organisierten Heiden an den Externsteinen zu finden. In der Nacht zum 22.6.95 feierten z.B. die **Armanen,** die eng mit der verbotenen Nationalistischen Front verquickt sind, hier ihre Sonnenwendfeier. Erst letzen Herbst „kulteten" die Armanen bzw. ihre Vorfeldorganisation die **Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stämmesverbände Europas** unter dem Schutz einiger NF-ler hier. Die extrem rassistischen Armanen betrachten die Externsteine als ihr germanisches Zentralheiligtum.

Nicht ganz so offen rassistisch ist der ebenfalls zur Sonnenwende anwesende **Geza von Nemenyi** von der **Germanischen GlaubensGemeinschaft** (GGG). Sich nach außen immer von rechts distanzierend sind für ihn Brandanschläge gegen „Fremde" etwas natürliches, da die Völker sich gegen „Überfremdung" instiktiv zur Wehr setzen. Ebenfalls seit Jahren tagen die **Goden** an den Externsteinen. Die Goden sind eine esoterisch-germanische Glaubensgemeinschaft bei der z.B. der Terrorist **Manfred Röder** oder der zeitweilige Leiter der NSDAP-AO Deutschland **Gunnar Pahl** Mitglied sind. Nicht zur Sonnenwende erschienen dieses Jahr die Mitglieder der rechten Parteien oder der militanten Organisationen, zu stark ist doch die Präsenz antifaschistischer Gruppen oder der Medien. Doch auch für diese sind die Externsteine ein wichtiger, heiliger Ort. Im Rahmen ihres Sommerlagers führte am Sonntag den 28.7.95 der Landesverband Niedersachsen der Jungen Nationaldemokraten (JN) zusammen mit dem **Studentenbund Schlesien** des bekannten neofaschistischen Funktionärs **Hans Michael Fiedler** ihre Externstein-Exkursion durch. Die Führung übernahm der Hannveraner alt NPD'ler ...Aber nicht nur für die Militanten oder die Altrechten sind Externsteine und Heidentum wichtig. Das Heidentum ist eine Säule Neurechter Ideologie im Kampf gegen Gleichheit und Menschenrechte, welche angeblich durch den jüdisch-christlichen Glauben, nach dem alle Menschen gleich sind, verbreitet wird. Direkt an den Externsteinen in Horn Bad Meinberg befindet sich der Sitz von **Burkhard Weecke,** den Herausgeber des ehemals wichtigsten Ideologieorgans der Neuen Rechten **Elemente.** Auch er Besucher der Sonnenwendfeier und begeisterter Externsteinforscher.

So unterschiedlich die Haarlänge derjenigen auch ist (6mm bis 60cm) und ohne sie alle über einen Kamm zu scheren, welche die Externsteine besuchen, bleibt festzustellen, daß hier von vielen faschistisches Gedankengut verbreitet wird, Faschisten sich hier die Kraft und die Ideologie für ihre Taten holen und mit der Esoterikwelle der „Nordische Mythos" vom guten Germanentum neue Hochzeiten feiert.



Burkhard Weecke vor den Externsteinen

Das Studienzentrum Weikersheim wurde mit Spenden aus der Industrie Mitte Oktober 1979 auf Initiative von Hans Karl Filbinger gegründet. Dieser mußte im Jahr zuvor als baden-württembergischer Ministerpräsident zurücktreten, nachdem in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, daß er als NS-Marinestabsrichter Todesurteile gefällt hatte.

Das Studienzentrum Weikersheim: Scharnier zwischen Konservatismus und Faschismus

Die selbstgestellte Aufgabe lautete, der „politisch, geistigen und moralischen Knochenerweichung" innerhalb der Unionsparteien den Garaus zu machen und den vermeintlich linken Mainstream in der bundesdeutschen Gesellschaft ebenso zu durchbrechen wie die angeblich herrschende Tabuisierung des Konservatismus. Als Ideologiezentrum am Rande der Union wollte man diese neu als „christlich-national-konservative Partei" profilieren. Lautstark wurde schon damals die geistig-moralische Wende gefordert, an deren Verwirklichung sich dann später Helmut Kohl machte. Das SZW hat in seinen Diskussionen nicht nur eine bundesweite Vorreiterrolle, sondern auch die Idee des rechten Denkzirkels verbreitete sich vor allem in den letzten Jahren immer mehr. Das wird deutlich an der zunehmenden Zahl konservativer Gesprächskreise, wie es sie inzwischen mit dem Hofgeismarer Kreis auch in der SPD oder innerhalb der Berliner FDP um den ehemaligen Generalbundesanwalt **von Stahl** gibt, der auch schon mal als Referent bei den Weikersheimern auftreten durfte. Solcherlei Foren konnten mit Aktionen wie dem „Berliner Appell" oder dem Aufruf zum 8.Mai 1995 „Gegen das Vergessen" auf breiter Front ihre Inhalt in ein weitgefächertes Spektrum bürgerlicher Medien tragen. Somit stellt das SZW weit mehr dar als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für den ehemaligen NS-Marinerichter Filbinger dar. In dem Begehren, den politischen Diskurs nach rechts zu verlagern und somit auch die Politik der Herrschenden noch weiter nach rechts zu verschieben, gibt es offensichtlich keinerlei Berührungsängste zu Referenten aus der braunen Ecke.

Das wundert auch nicht weiter nach einem Blick auf einige Funktionäre des SZW, deren Biographien und Standorte in der politischen Landschaft.

Im Präsidium des SZW sitzen neben Filbinger und **Rohrmoser**:

- Brigadegeneral a. D. **Heinz Karst**, dem der Soziologe **H. Wesseling** „faschistoide Phantasien" und eine „nahtlose Kontinuität" von NS-Wehrmacht und Bundeswehr attestierte. Er baute ab 1952 die Bundeswehr mit auf und kämpft für das Ansehen des deutschen Soldaten an sich, egal ob aus Wehrmacht oder Kaiserreich.

- **Otto Esser**, Ex-Arbeitgeberpräsident
- **Willi Dempf**
- **Erwin Vetter**, Ex-Landesminister
- Professor **Helmut Metzner**
- Pfarrer **Matthias Dannenmann**

Der Geschäftsführer des SZW, **Albrecht Jebens**, ist nicht nur von einer Mensurnarbe und einem an Hitler erinnernden Oberlippenbewuchs gezeichnet, sondern schreibt selber in den **Weikersheimer Blättern** wie auch in braunen Periodika wie der **Zeitenwende**. Als geistiger Brandstifter outet sich Jebens in den Weikersheimer Blättern vom Juli/August 1992. Dort kritisierte er die baden-württembergische Landesregierung: „Man verschließt die Tore den Aussiedlern aus dem Osten und importiert die Drogenkriminalität über die Asylanten-Zuteilungsquote auch in den letzten verträumten Winkel des Landes." Zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wollte er im Stuttgarter Ratskeller bei einer „Gedenk"-Veranstaltung des **Freiheitlichen Bildungskreises Stuttgart** ein Referat halten. Die Veranstaltung konnte von einer antifaschistischen Öffentlichkeit verhindert werden.

Im Kuratorium des SZW (66 Mitglieder) sitzen u.a.:

- Prof. Dr. **Karl Steinbuch**, emeritierter Informatik-Professor, Ideologe des rechten **Bund Freiheit der Wissenschaft**, Träger des „Konrad-Adenauer-Preises" der **Deutschland-Stiftung** von 1976; warb im Kuratorium des SZW für die **Republikaner**.

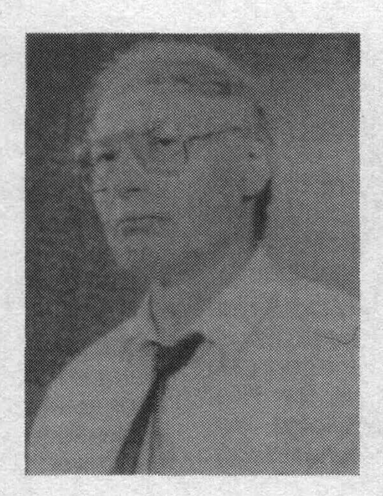
- **Rolf Schlierer**, heute Bundesvorsitzender der rechtsextremen Republikaner. Mußte allerdings seinen Posten 1989 nach öffentlichem Druck räumen, als seine Funktionen bei den Reps bekannt wurden. Damals fürchtete man beim SZW einen Ansehensverlust.

- **Nikolaus Lobkovic**, erzkonservativer Präsident der Katholischen Universität Eichstätt, Autor in **Europa vorn, Wir Selbst** (1979 von Mitgliedern der **Jungen Nationaldemokraten** (JN) gegründet) und **Vouloir**. Er referiert auch in der rechten Denkfabrik **Deutsch-Europäische Studiengesellschaft** (DESG) oder in dem den REPs und der **Jungen Freiheit** nahestehendem Forum **Res-Publika**.

- **Klaus von Trotha**, Landesminister für Wissenschaft und Forschung, Kuratoriumsmitglied seit 1992. Der zahlt sich aus für das SZW, wurde doch für die Durchführung der 2. Weikersheimer Hochschulwoche „Von der Parteienverdrossenheit zur Staatskrise?" 1993 ein Landeszuschuß von DM 40.000.– bewilligt und ausbezahlt. Bis dato hatte es noch keine direkte Finanzierung aus den Töpfen des Landes gegeben. Beschlossen und ausgeführt wurde der Zuschuß vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung, verantwortlich: Klaus von Trotha.

Referenten wie der frühere Bundespräsident **Carstens, Wolfgang Schäuble**, Ministerpräsident **Erwin Teufel** oder der Chef der Berliner Senatskanzlei **Volker Thäne** mögen manchen noch Honorigkeit der Veranstaltungen vorgaukeln. Diese ehrwürdigen Herren treten allerdings mit sonst eher verpönten Gestalten von rechtsaußen auf und verhelfen diesen damit – ob gewollt oder nicht – zu nicht zu unterschätzender Reputation. In diesem Zusammenhang wären zu nennen:

- **Wolfgang Strauss**, ein Nationalrevolutionär und Autor von Zeilen wie der folgenden: „Der Natio-





Referenten in Weikersheim: Wolfgang Strauss und Heinz-Ulrich Kopp

nalsozialismus ist die Idee und das Organisationsprinzip des sich selbst befreienden Volkes." Er war NPD-Mitglied, er ist festes Redaktionsmitglied der vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachteten Zeitschrift **Nation und Europa**. Einschätzung der Verfassungsschützer: „Eines der führenden ideenpolitischen Organe des deutschen Rechtsextremismus." Darin gibt er regelmäßig „Nachrichten von der Überfremdungsfront" zum besten. Redaktionskollege bei Nation und Europa ist **Karl Richter**, Chef der **Deutschen Rundschau**, dem Organ der **Deutschen Liga für Volk und Heimat**. Richter war auch schon mal Sprecher der bayerischen Reps oder hielt im **Deutschen Seminar** in Stuttgart einen Vortrag über das Thema „Deutsche Rechte, was nun?"

– Prof. **Wolfgang Seiffert** aus Kiel, saß z. B. Ende 1983 zusammen mit Rep-Führer **Schönhuber** im (kurzlebigen) **Deutschland-Rat**.

– **Hans-Ulrich Kopp**, Ex-Bundesvorstandssprecher der Reps und führendes Mitglied der rechtsextremen **Burschenschaft Danubia**. In der Festschrift zu deren 140-jährigem Bestehen war zu lesen, was dieser Bursche fordert: „Aufrechtes Mannestum". Er war von 1990 bis 1993 Redakteur der rechtsextremen **Jungen Freiheit**, Gründungsmitglied und stellvertretender. Vorsitzender des **Republikanischen Hochschulverbandes**, dem Versuch der Reps einen Uni-Ableger zu gründen. Er ist auch im **Jungen Weikersheim** aktiv.

– **Hans Dietrich Sander** durfte sich darüber in dem von ihm herausgegebenem Blättchen **Staatsbriefe** wie folgt freuen: „Vor einem Jahr wäre ich von diesem Bildungswerk der württembergischen CDU wohl noch nicht um einen Vortrag ersucht worden." Zu den von ihm referierten Themen gehört die Frage nach der Vorbereitung einer „Tyrannis oder Diktatur" zur Ablösung der Demokratie. Den Staatsbriefen attestierte Albrecht Jebens „eine geistig brillante Herausforderung von hohen Graden". Da hätte sich Neonazi-Führer **Michael Kühnen** aber gelobt fühlen können, wäre er nicht schon vorher verstorben. Denn Kühnen trat schon als Autor über die „Deutsche Reichsidee" in den Staatsbriefen auf. In diesem Blatt wurde weiter das „Programm einer nationalen Notstandsregierung in Deutschland" diskutiert. Dort kann nachgelesen werden, von was diese Herren träumen: „Die Machtergreifung des nationalen Lagers in Deutschland wird zu einer Regierung des nationalen Notstands führen, die in kürzester Zeit das deutsche Volk von den gröbsten Übeln zu befreien hat." Uneinsichtig meinen sie sich nicht selber damit, sondern vorneweg „ausländische und volksfremde Menschen". Gefordert wird „das Verbot der Ideologie der Menschlichkeit" und die Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches. Sander saß im Vorstand der **Gesellschaft für freie Publizistik** (GFP), 1960 unter Führung des ehemaligen stellvertretenden Reichspressechefs der NSDAP **Helmut Sündermann** gegründet. Er referierte beim **Studentenbund Schlesien** des NPD-Funktionärs und Anti-Antifa-Aktivisten **Hans Michael Fiedler**. Der SBS gründete 1982 einen Arbeitskreis Feindaufklärung zur Ausforschung des linken Spektrums in Göttingen, im März 1992 ging es um Autonome und deren systematische Bekämpfung. Der SBS hat Verbindun-

„Aus Kraft unseres christlichen Ursprungs": Das Studienzentrum Weikersheim und seine Verbindungen zum Klerus

„Weikersheim sieht seine vordringliche Aufgabe in der Arbeit an einer geistig-ethischen Erneuerung aus der Kraft unseres christlichen Ursprungs und dem Vertrauen in seine bewahrende und verwandelnde Macht", heißt es in einer mit „Aufgaben und Ziele" betitelten Selbstdarstellung. Tatsächlich unterscheidet sich das SZW durch die Betonung seines Christentums von der französischen „Nouvelle Droite" des **Alain Benoist** und seinem deutschen Schüler **Armin Mohler** („Ich bin Heide durch und durch", „Das Christentum ist mein Feind"). Diese zur Schau gestellte christliche Grundhaltung dient vor allem dazu, das SZW als der **CDU** nahestehende, bürgerliche und staatstragende Bildungs- und Diskussionsstätte zu präsentieren. Die Rechnung geht auf – das SZW hat eine ganze Reihe prominenter ReferentInnen aus den Reihen der CDU vorzuweisen. Dennoch ist die Abgrenzung gegen Nicht-Christen keine Gegnerschaft und erst recht keine Abgrenzung nach rechts. So ist SZW-Referent **Wolfang Strauss** ebenso Autor der Zeilen: „Wo Glaube verloren gegangen ist, blüht der Aberglaube. Dies trifft auf Menschen ebenso zu wie auf Staaten und Systeme, die sich selbst überlebt haben , dem Untergang entgegentaumelnd", wie auch der Satz: „Der Nationalsozialismus ist die Idee und ein Organisationsprinzip des sich selbst befreienden Volkes" aus seiner Feder stammt. Strauss schreibt ebenso wie der Heide Mohler in **Criticon** und **Nation und Europa**. Die gemeinsamen Elemente ihrer Ideologie – eine modernisierte Version des Nationalsozialismus und der Bezug auf die Theoretiker der „Konservativen Revolution" – sind gewichtiger als die Glaubensfrage.

Die christliche Gesinnung des SZW dient also eher als ein verbindendes Element, durch das „seriöse" bürgerlich-demokratische ReferentInnen mit rechtsradikalen an einen Tisch gebracht werden .
Den CDU Prominenten mag es bei Vorträgen in dieser Gesellschaft darum gehen, durch Diskussionsan-

gebote nach ganz rechts außen den rechten Rand der Union bei der Stange zu halten, die faschistischen Referenten ist ein Auftritt beim SZW eine willkommene Gelegenheit wieder salonfähig zu werden.

Eine wichtige Rolle in der Braunzone der katholischen Kirche spielt auch der weltliche Orden der **Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem**, zu dessen Ordensrittern auch SZW-Persönlichkeiten, allen voran Präsident **Filbinger** gehören. Der deutsche Ableger dieses Ordens wurde 1933 gegründet, wobei der Vize-Kanzler der Regierung **Hitler**, **Franz von Papen** eine führende Rolle spielte. Das Motto des Ordens „Deus lo vult" („Gott will es") war über Jahrhunderte der Schlachtruf mit dem „Ungläubige", besonders Juden von den Rittern der Christenheit ermordet wurden.

Der Orden, ein offizieller Teil der katholischen Kirche, vereint führende Konservative bis faschistische Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft. So sollen 44 der Grabesritter führende Stellungen im Bankgewerbe einnehmen. Auch in den großen deutschen Konzernen wie Daimler-Benz, BASF, Siemens und Thyssen sind 36 der Ordensritter tätig.

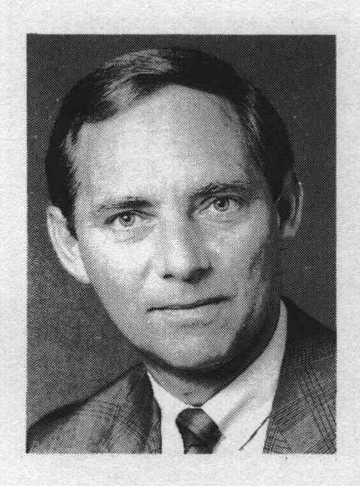
Das in Weikersheim gepredigte Christentum ist folgerichtiger Weise ein höchst reaktionäres , das sich im alleinigen Besitz der Wahrheit wähnt. So referierte Professor **Horst Bürkle** bei einem Kongreß in Rom 1981 über Strategien, „fremdreligiöser Gegenmission" entgegenzutreten; Bischof **Josef Stimpfle** beklagte an gleicher Stelle, daß „das Göttliche" in vielen Kulturen „zur Vielgötterei denaturiert" sei. Gefährlichster Gegner ist wie zu erwarten der Marxismus, auch und erst recht in den Reihen der Christenheit. So erklärte Professor **Lothar Bossle** auf der ersten Weikersheimer Hochschulwoche 1992: „die Entstehung der Theologie der Befreiung ist nachweislich ein marxistisches Komplott gewesen ... Sie diente wie jede politisierende Theologie allein dem durchsichtigen Zweck, dem Marxismus in einer christlichen Umhüllung im katholischen Lateinamerika die Invasion zu ermöglichen."

gen zur **Wiking Jugend**, **NF**, **FAP** und entsprechenden Studentenverbindungen.

Sander ist Autor in der **Deutschen Stimme** und für den **Nationaldemokratischen Hochschulbund** (beide NPD), für Nation und Europa, **Mut** u. a.

– **Michael Walker**, Herausgeber der Zeitschrift **The Scorpion**, einem Ideologieorgan der Neuen Rechten in Westeuropa. Nach Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses Rassismus und Ausländerfeindlichkeit des Europäischen Parlaments veranstaltet die Zeitschrift mindestens zwei internationale Veranstaltungen pro Jahr und bemüht sich intensiv um Verbindungen zu „ultranationalistischen und antisemitischen Gruppen in Osteuropa". Ebenso laufen Verbindungen der „britischen radikalen Rechten mit der neuen Rechten in Europa" über die Zeitschrift. Das ist nicht weiter verwunderlich, war Walker doch selber schon Mitglied der National Front (NF). Er arbeitet an **Europa vorn Spezial** mit, dessen Herausgeber **Manfred Rouhs** Ratsherr der **Deutschen Liga für Volk und Heimat** in Köln ist. Walker schreibt fleißig Leserbriefe, u. a. an die NS-orientierten **Unabhängigen Nachrichten** oder in Nation und Europa. Dort verkündet er z. B., daß der Kampf „um Lebensraum im nächsten Jahrhundert eine Sache von Leben und Tod sein wird".

– Dr. **Karlheinz Weißmann**, Gymnasiallehrer in Göttingen und Autor von Büchern mit so illustren Titeln wie „Die Zeichen des Reiches" oder dem „Rückruf in die Geschichte", welches von der neurechten Postille **Criticon** zum „Flaggschiff der jungen Rechten" genauso hochgejubelt wird wie vom revisionistischen **Grabert-Verlag**, der ansonsten den industriell betriebenen Massenmord an den Juden pseudowissenschaftlich in Frage stellt. Auch der **Index**, Blatt der neonazistischen Nationalen Liste um **Christian Worch** aus Hamburg, druckte schon mal einen Artikel dieses ehrenwerten Herren. Auf dem Jahreskongreß des SZW am 15. / 16. Mai 1993 leitete Weißmann den Arbeitskreis I: „Historische und politische Bindungen". Vorwürfe, daß dort ungehindert über die sogenannte Auschwitz-Lüge philosophiert wurde, führten neben der Finanzierungspraxis durch das Land zu einer Anfrage der **GRÜNEN** im Stuttgarter Landtag sowie der **PDS** im Bundestag.



Referent in Weikersheim: Schäuble

– **Rüdiger Stolle** ist Chef der **Jungen Landsmannschaft Ostpreußen**. Auch deren Publikation **Fritz** wird derzeit vom Verfassungsschutz wegen rechtsextremer Tendenzen beobachtet. Stolle sprach auf dem diesjährigen Kongreß „Aufbruch und Erneuerung – Die Freiheit von Wort und Geist erkämpfen" auf dem Hambacher Schloß, organisiert vom SZW und der **Hans-Filbinger-Stiftung**.

Zur Teilnahme an diesem Kongreß riefen neben den bekannten honorigen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft auch Neonazis in ihrem Mailbox-System Thule-Netz auf. In der Mailbox wurde auf „Spannende Vorträge zu subventionierten Preisen" hingewiesen und mit „Heil den Skinheads mit Schlips" gegrüßt.

– Oberkirchenrat **Hartmut Jetter** aus Stuttgart referierte auf dem gleichen Kongreß.

– **Hans-Helmuth Knütter**, Anti-Antifa und Politikprofessor aus Bonn. Schreibt in Mut und Criticon und ist Mentor eines **Ost-West-Arbeitskreises** an der Bonner Uni. In dessen Veranstaltungen traten bekannte Faschisten wie der Nazi-Barde und Wiking-Jugendliche **Frank Rennicke**, der führende Auschwitz-Leugner **David Irving** oder der oben erwähnte Sander auf. Auf der Hochschulwoche 1994 tat er folgendes kund: „Ich erwarte, daß das, was ich hier sage, im Kampf gegen den Antifaschismus umgesetzt wird!"

Bei der Recherche zum Thema dieses Artikels türmt sich das Papier zu wahren Wolkenkratzern. Genauso unerfreulich wie unmöglich scheint es, alle Verbindungen zwischen den Funktio-

Die Weikersheimer Verbindung von Konservatismus bzw. Rechtsradikalismus mit dem Christentum stellt in den Augen der SZW-ReferentInnen dagegen keine „politisierende Theologie" dar. Professor **Nikolaus Lobkowicz** kam bei dem Kongreß in Rom vielmehr im wesentlichen zum Schluß, daß ein Christ verpflichtet sei, konservativ zu sein.

„Wahrhaft Sauerteig"
Zur Eröffnung ihres Kongresses in Rom 1981 kamen die Weikersheimer in den besonderen Genuß einer Audienz bei Papst **Johannes Paul II.** Als „Wurzeln und Ursachen für die bedrohliche Lage der Menschheit" machte der Papst die „Krise der Kultur" und den „Verfall ... allgemeinverbindlicher ethischer und religiöser Prinzipien" verantwortlich. Am Ende seiner Ansprache wünschte er den „christlichen Politikern", „wahrhaft Sauerteig zu werden", erbat für den Kongreß „Gottes Licht und Beistand" und erteilte seinen „besonderen Apostolischen Segen".

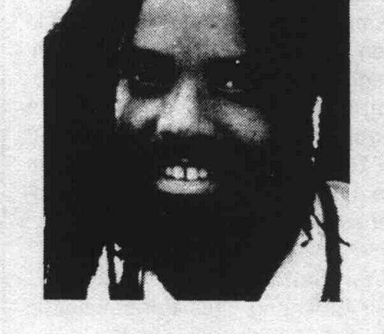
SZW-Präsident Filbinger war beglückt: „Einen besseren Auftakt hätten wir uns nicht wünschen können. Die Ausführungen des Heiligen Vaters ergaben eine völlige Übereinstimmung mit den Grundthesen dieses Kongresses".

Bei der ersten Weikersheimer Hochschulwoche 1992 war die Begeisterung über den Papst und dessen Herkunft weniger groß: „Ganz mißtrauisch sieht man in Deutschland das ständige Überreizen der polnischen Karte im Vatikan zu Lasten der Ostdeutschen, besonders Schlesien", beklagte sich Professor **Heinz Kiefer**, Essen und erklärte an die Adresse der polnischen Katholiken: „Die polnische Bischofskonferenz sollte sich endlich bewußt werden, daß sie mit ihrer nationalistischen Gesinnung und der Weigerung zur wahrhaftigen Äußerung im Zusammenleben Deutschlands und Polens bis heute eine ständige Quelle des Ärgers ist (siehe auch die ohne Abstimmung mit Deutschland erfolgte neue Diözesanstruktur Polens mit der Aufteilung des Erzbistums Breslau und die Abtrennung eines neuen Erzbistum Kattowitz von der 700 Jahre alten Tradition des Erzbistums Breslau!)."

nären des SZW und politisch noch viel weiter rechts stehenden Personen zu be- und durchleuchten, seien diese nun Alt- oder Neurechte, Faschisten, Nazis oder „nur" Wertkonservative, rechtsradikal oder rechtsextrem eingestellt. Diese Begriffe sind z.T. Einteilungen von Verfassungsschützern, zu ungenau und oft genug verharmlosend. Wenn hier des öfteren Bezug darauf genommen wird, daß die eine oder andere Publikation vom Verfassungsschutz beobachtet wird, soll das nicht alleiniger Anhaltspunkt für deren Gefährlichkeit sein. Mag es den einen oder die andere, welche noch voller Glauben an diesen deutschen Staat und seine Rechtsordnung sind, davon überzeugen, daß sich hinter dem SZW mehr als harmlose Gesprächsrunden verbergen. Daß wir uns jedoch auf Geheimdienste, Justiz und Polizei im Kampf gegen den Faschismus nicht verlassen können, von diesen Antifaschismus hingegen in unseliger Tradition kriminalisiert und verfolgt wird, stellt schon eine Binsenweisheit dar. Da wir unsere Hoffnungen auf eine befreite Gesellschaft nicht in die Hände von Systemknechten und -Schergen legen können, die allein schon von ihrer Aufgabe und Funktion her im Gegensatz zu uns stehen, müssen wir selber aktiv werden. Aufmerksame Augen und Ohren sind hilfreich, ein aufmerksamer Geist unerläßlich. Weil wir damit hinreichend ausgestattet sind, haben wir uns an diese Broschüre gemacht. Und gemerkt, was die Funktion des erst einmal so betulich daherkommenden SZW ist: Nicht nur das eine oder andere Thema von etwas weiter rechts zu beleuchten, sondern Einfluß zu nehmen auf die gesamte Gesellschaft, auf die Wirtschaft, den Klerus und die Politik, letztlich auf die Lebensbedingungen von jeder und jedem von uns. Wenn hier steht „Einfluß nehmen", dann heißt das beileibe nicht, daß die „Weikersheimer" sich zufrieden geben, den politischen Diskurs ein wenig nach rechts zu verschieben. Vielmehr ist bei FunktionsträgerInnen wie ReferentInnen des SZW eine Vorstellung von einem ganz anderem Deutschland der gemeinsame Nenner: Aggressiv gegen innere wie äußere „Feinde". Erstere seien schon automatisch, welche nicht durch Abstammung zum deutschen Volk gehören, und schon gleich alle, welche sich solcherlei Rassenlehre und der damit verbundenen Opferlamm-Mentalität für das vermeintliche „Volkswohl" verschließen, welche die „göttliche" oder gar „natürliche" (Unter-) Ordnung und somit Zementierung der Ungleicheit in Frage stellen. Klar wird, solch ein Staat ist viel näher am nationalsozialistischen als am heutigen demokratisch genannten orientiert. Klar ist, für Menschen wie mich und vielleicht Dich gibt es wenig Raum in solch einem Land, vielleicht nicht einmal den Raum einer Knastzelle. Deutlich wird, daß mit einer Institution wie dem SZW „honorige" Persönlichkeiten die Möglichkeiten haben, andere sagen zu lassen, was sie denken oder von was sie in ihren Allmachtsphantasien träumen, aber sich dennoch vornehm im Hintergrund zu halten. Es ist kein Zufall, daß sie mit Neonazis zusammen agieren, nur möchten sie nicht ganz so rüde erscheinen. Über was diese Gestalten sich im Privatleben unterhalten, wissen wir weniger als einige von ihnen über uns. Wir haben nicht die Macht und Gewalt eines Innenministers oder eines Generalbundesanwalts und ihres Apparates von Spitzeln und Überwachung. Aber wir ahnen es. Und damit uns nicht für immer eine Gänsehaut quält, sind wir zusammen antifaschistisch aktiv und organisiert.



Mumia Abu-Jamal befindet sich seit mehr als 13 Jahren in Isolationshaft in den Todestrakten im US-Bundesstaat Pennsylvania. Er wurde 1982 in Philadelphia wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Der für das Urteil hauptverantwortliche Richter Albert Sabo, Mitglied der ultra-rechten Polizeigewerkschaft 'Fraternal Order of Police' (FOP), machte sowohl mit seiner Prozeßführung als auch mit seinen Kommentaren klar, worum es der US-Justiz in diesem Verfahren ging: nicht um die Tötung eines weißen Polizisten, sondern um die Verurteilung und Liquidierung des politischen Gefangenen Mumia Abu Jamal. Das Urteil sollte am 17. August vollstreckt werden.



USA - Leben aus der Todeszelle oder wie politische Gegner liquidiert werden.

Internationale Proteste sowie die engagierte Arbeit US-amerikanischer Solidaritätskomitees stellten Öffentlichkeit für die skandalöse Prozeßführung zuungunsten des Angeklagten her und zwangen so den zuständigen Richter, die Vollstreckung des Urteils auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Von den Anwälten Mumia Abu Jamals wird die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, in dem die damals vom Richter Albert Sabo unterschlagenen Zeugenaussagen und Beweismittel, die Abu Jamal entlastet hätten, verwendet werden sollen.

Justizirrtum?

Die Geschichte des zum Tode Verurteilten ist Teil des afroamerikanischen Widerstandes in den 70er Jahren:

Mumia Abu Jamal arbeitete als Radiojournalist. 1980 wurde er zum Präsidenten der Vereinigung schwarzer Journalisten in Philadelphia gewählt. Wegen seiner engagierten Berichterstattung über die Geschichte von Mangel, Folter, Ungerechtigkeit und Unterdrückung geriet Mumia in das Fadenkreuz staatlicher Repression. Der damalige Bürgermeister von Philadelphia, **Frank Rizzo**, kündigte öffentlich an, Abu-Jamal „mit allen Mitteln" mundtot zu machen.

Im Dezember '81 bot sich dazu Gelegenheit: Als Mumia seinem Bruder zu Hilfe kommen wollte, den eine Polizeistreife zusammengeschlagen hatte, wurde er durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt, ein Polizist getötet. Obwohl

- mehrere Zeugen, auch der Anklage, aussagten, daß der Todesschütze geflüchtet sei,

- nie eine Tatwaffe gefunden wurde,

- der von Sabo beigeordnete Pflichtverteidiger in wichtigen Prozeßphasen unvorbereitet gewesen war (wie dieser mittlerweile eidesstattlich erklärt hat),

wurde Mumia 1982 in einem Schauprozeß als 'Polizistenmörder' von einer mehrheitlich aus dem weißen Mittelstand besetzten Jury für schuldig befunden und von einem weißen Richter, der aufgrund seiner vielen Todesurteile als der 'Henker von Philadelphia' bekannt geworden ist, zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde mit Abu-Jamals politischen Überzeugungen und Aktivitäten, u.a. mit seiner zehn Jahre zurückliegenden Mitgliedschaft bei den **Black Panthers**, begründet.

Mumia Abu Jamals 'Verbrechen'

In den 70er Jahren nahm Jamal in der Ortsgruppe Philadelphia der Black Panther Party eine verantwortliche Position ein.

Die Black Panthers waren die erste Organisation der Afroamerikaner, die in den schwarzen Gettos Gegenmacht in vielen Bereichen organisierte; hier nur einige Beispiele:

- Einrichtung von Schulen, um die hohe Analphabetenquote unter den Schwarzen zu beseitigen;

- kostenlose Schulspeisungen für die Kinder;

- Aufbau von Schulungszentren, an denen den Menschen aus den Gettos die Geschichte ihrer eigenen Unterdrückung nicht aus der Sicht der Weißen, sondern aus der Perspektive der Unterdrückten vermittelt wurde;

- und was als besondere Gefahr vom weißen Establishment angesehen wurde - der Aufbau einer bewaffneten Gegenwehr, die die Gettos vor rassistischen Übergriffen seitens der Polizei schützte. Die Organisation der Black Panthers wurde zerschlagen - aber ihre Idee der Solidarität und der organisierten Gegenwehr ist nicht vergessen. Einer, der sich bis heute zu ihr bekennt, ist Mumia Abu Jamal. Damit wird er für das US-Establishment ein politischer Gegner, der in diesem Land mittels der Todesstrafe legal liquidiert werden soll.

Der Gefangene kämpft weiter

Doch Abu Jamal hat sich nicht einschüchtern lassen. Aus der Zelle heraus arbeitet Mumia weiterhin als der Journalist, als der er bekannt geworden ist, als die Stimme derer, die keine Stimme haben. Neben Kommentaren zur aktuellen rassistischen Entwicklung in den USA veröffentlichte Jamal seinen Bericht aus der Todeszelle 'Live from death row' - Leben aus der Todeszelle (Mai '95), in dem er nicht nur sein eigenes Schicksal, sondern die Methode der Vernichtung in den Knästen, insbesondere die Vernichtung von Schwarzen, beschreibt - in einem Land,

- in dem 1,3 Millionen Menschen in Knästen eingesperrt sind, von denen ca. 42% Schwarze (bei einem Anteil von 12% an der Gesamtbevölkerung) ausmachen

- in dem die Todesstrafe z.T. wieder per Gesetz eingeführt wird,

- in dem in den Todestrakten 2800 (davon 41% Schwarze, in Pennsylvania sind es 61%) auf ihre Hinrichtung warten.

„Ich spreche zu Euch aus dem Land der Toten, das vor Leben vibriert. Dieser Ort ist ein Ort, an dem die Lebenden durch das Gesetz lebendig begraben werden, ein Gesetz, das die Gewalt betont, ein Gesetz, dem die Gerechtigkeit fehlt, ein Gesetz, das die Reichen und Gesetzlosen beschützt, das aber auf die Armen und Machtlosen spuckt. Ich spreche aus einer der größten und am schnellsten wachsenden schwarzen Gemeinschaften in Zentral-Pennsylvania - aus dem Todestrakt."

Empört über diese Buchveröffentlichung erklärte ein Landespolitiker Pennsylvanias im Fernsehen nur zu deutlich, worum es seinesgleichen geht: „ ... aber er wird damit nicht durchkommen: ob er einen Polizisten umbringt oder einen Buchvertrag im Gefängnis unterschreibt - für das eine wie das andere wird er büßen".

Mumia ist der einzige Todesstrafen-Gefangene in den USA, der mit einer gut organisierten, gut finanzierten und gut koordinierten Kampagne konfrontiert ist, die seine Hinrichtung zum Ziel hat. Die Polizeigewerkschaft FOP in Pennsylvania hat Kontakte zu anderen Polizeigewerkschaften in den USA, die diese Kampagne mitfinanzieren. Als Mumias Buch ('Live from Death Row') Anfang Mai ('95) veröffentlicht wurde, hatte FOP ein Flugzeug gechartert, das mit dem Spruchband über dem Verlagshaus kreiste mit dem Slogan: „Dieser Verlag bezahlt Cop-Killer!"

Auch andere Kontakte nach draußen sollen dem Gefangenen unmöglich gemacht werden. So mußte 1994 der große unabhängige Radiosender **Public Radio** einen Vertrag mit Mumia als Kommentator rückgängig machen, weil der Druck, den die rechtsradikale und rassistische Polizeigewerkschaft (FOP) und die rechten Hardliner, allen voran der Sprecher der Republikanischen Mehrheit im US-Senat, **Robert Dole**, auf sie ausübten, zu stark geworden war.

Solidarität

In diesem allgemein reaktionären politischen Klima riefen 10 politische Gefangene aus den USA die internationalen politischen Gefangenen zu einer gemeinsamen Initiative auf: Ergebnis war die Eröffnung der Ausstellung „Art and Writings Against Death: International Prisoners Unite to Save Mumia Abu-Jamal" am 10.12.'94 in der Kunstgalerie des Rathauses von Harlem, New York City. Gefangene aus vielen Ländern hatten sich mit Bildern, Gedichten, Wandteppichen am Zustandekommen dieser Ausstellung beteiligt, u.a. aus Chile, Frankreich, Spanien, Belgien, Peru und der BRD.

Auch außerhalb der Knäste entstanden weltweit Initiativen, die auf verschiedenen Ebenen ihre Solidarität mit Mumia Abu-Jamal zum Ausdruck brachten:

- Protestschreiben und -faxe sowohl an den für die Verurteilung verantwortlichen Richter Sabo als auch an den neuen Gouverneur von Pennsylvania, **Thomas Rich**, der kurz nach seiner Amtseinführung die Vollstreckung des Todesurteils angeordnet hatte;

- in der BRD wurde am 3.7.95 ein bundesweiter Aktionstag organisiert, in dessen Rahmen Protestaktionen am Frankfurter und Düsseldorfer Flughafen vor den Abflugschaltern nach New York stattfanden: mit Flugblättern, Transparenten und Redebeiträgen wurden die Fluggäste auf den 'Fall' Mumia Abu-Jamals' aufmerksam gemacht;

- die Fachgruppe Journalismus der IG Medien Brandenburg hat den Todeskandidaten zum Ehrenmitglied ihres Vorstandes ernannt;

- Demonstrationen und Kundgebungen in vielen Städten: So fand am 12.8.95 in Dortmund eine Demonstration mit ca. 400 Personen statt, an deren Vorbereitung kurdische, türkische und deutsche Gruppen aus unterschiedlichen politischen Bereichen beteiligt waren.

Ausblicke

Die Todesstrafe ist das definitive Mittel zur Unterdrückung politischer Opposition und sie wird in vielen Ländern der Welt von den Herrschenden angewandt - mit oder ohne Gerichtsbeschluß - von ihnen Menschlichkeit zu fordern, erübrigt sich.

Unsere einzige Waffe im Moment besteht darin, Öffentlichkeit für den Todeskandidaten zu schaffen - zu versuchen, ein Bewußtsein darüber herzustellen, daß nicht nur Mumia Abu Jamal, sondern viele der politischen Gefangenen zu uns gehören, die Gründe für ihre Verurteilungen mit unseren Kämpfen draußen in Verbindung standen bzw. immer noch stehen und wir über ihr Verschwinden in Isolationstrakten oder in den Todeszellen der Gefängnisse nicht schweigen werden - oder praktisch ausgedrückt - wir werden in den kommenden Wochen und Monaten über den Verlauf des Wiederaufnahmeantrages der Anwälte von Abu Jamal berichten, wir werden, wenn es sein muß, versuchen, geeignete Institutionen zu zwingen, diese Informationen zu veröffentlichen und wir werden in diesem Zusammenhang auch auf die Haftbedingungen der hier in der BRD gefangengehaltenen Menschen aus dem linken Widerstand aufmerksam machen.

Quellen:

Aubron, Joelle (Gefangene aus 'Action directe', Frankreich) - Grußbotschaft an eine Demonstration zur Freilassung eines dänischen politischen Gefangenen (Angehörigen-Info 17.06.95)
Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal, c/o Infoladen, Werderstr. 8 65195 Wiesbaden
Interview mit Len Weinglass, RA von Mumia Abu-Jamal (Angehörigen-Info 17.06.95)
(Initiativkreis Mumia Abu-Jamal, Dortmund)

Nachdem der Wuppertaler Staatsschutz im Rahmen der Feierlichkeiten im ehemaligen Konzentrationslager Ravensbrück zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus kurzerhand die komplette Delegation aus Wuppertal festnehmen und abschieben ließ, die übrigens auf eine offizielle Einladung von ehemaligen Lagerinsassen angereist war, und nachdem drei Wochen später auch noch ein antifaschistischer Stadtrundgang im Rahmen derselben Feierlichkeiten gewaltsam von der Wuppertaler Polizei aufgelöst wurde, haben wir uns die Aktivitäten der Ordnungshüter in den letzten Jahren einmal näher angesehen.

Chronologie der Wuppertaler Polizeiwillkür gegen Linke und andere Randgruppen

Alle Fälle von Polizeiwillkür und Staatsschutzterror in Wuppertal zu dokumentieren, würde mit Sicherheit den Rahmen dieses Artikels sprengen. Außerdem reichen viele Polizeiaktionen der übelsten Art bis weit in die sechziger Jahre hinein, von denen nur noch ganz wenige dokumentiert sind. Erst ab Ende der Siebziger gab es Leute, die sich um die kritische Würdigung polizeilicher Ausfälle und Übergriffe kümmerten.

Es muß in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden, daß es mit der völlig einseitigen Wuppertaler Medienlandschaft (es existiert nur die rechtskonservative **„Westdeutsche Zeitung"**) eine entsprechende Gegenöffentlichkeit gar nicht gibt.

Aber zurück zu den eigentlichen Fällen, von denen wir hier auf einige zusammengefaßt eingehen wollen, da exakte Aufzeichnungen dazu nicht vorliegen. Auch die zeitliche Zuordnung erfüllt nur den etwaigen Rahmen, aber trotzdem sollten sie erwähnt werden.

In den Jahren 1973 und 1974 stritt die **„Initiative Selbstverwaltetes Jugendzentrum"** (ISJ) für die Einrichtung eines Kommunikationszentrums in Wuppertal. Aus dieser Initiative ging später die **„Börse"** hervor, aber das nur am Rande. Im Zusammenhang mit der Forderung für einen solchen Freiraum wurden die alte Bayer-Villa in der Hubertusallee (heute „Technische Akademie") und ein leerstehendes Bürogebäude am Hofkamp/Ecke Neuenteich besetzt. Beide Besetzungen wurden extrem hart durch die Polizei geräumt. Besonders bei der Villa im Zooviertel gab es zahlreiche Verletzte, darunter auch untebeiligte Jugendliche und SchülerInnen.

Mit der gleichen Härte ging die Polizei auch in den Jahren 1975 und 1976 gegen VertreterInnen des Wuppertaler Schülerparlamentes vor, die nach mehreren „Fahrpreisdemos" am Alten Markt die Straßenbahnschienen besetzten. Es kam schon damals zu absolut überzogenen, unverhältnismäßig harten Knüppel- und Reizgaseinsätzen gegen Minderjährige.

Zur gleichen Zeit gab es Überlegungen, eine Initiatiative **„BürgerInnen beobachten die Polizei"** auch in Wuppertal ins Leben zu rufen, nachdem die linke Wochenzeitung **„Wat löppt"** (daraus ging später die **„Stadtzeitung"** (STAZ) hervor) von wiederholten Mißhandlungen in Polizeigewahrsam berichteten. Opfer waren hauptsächlich Obdachlose oder Betrunkene, die besonders häufig in den Polizeiwachen Berliner Str. (heute aufgelöst) und Schutzbereich Elberfeld-Mitte (damals im Verwaltungsgebäude Neumarkt) die Treppen herabstürzten und zum Teil mit schweren Verletzungen in Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Gegen einzelne namentlich bekannte Beamte wurde damals Strafantrag gestellt, aber wie so oft versickerten die Ermittlungen meistens im Sande.

Als Beispiel dafür soll ein Vorfall auf dem Luisenfest im Mai 1980 dienen, bei dem ein unbeteiligter Passant von einem Zivilbeamten namens **Rachel** zusammengeschlagen wurde. Der Besucher des Festes sei „provozierend langsam" vor dem zivielen Polizeifahrzeug hergegangen und hätte so „einen Einsatz behindert". Obwohl besagter Rachel laut STAZ 5/80 wegen ähnlicher Ausfälle im Dienst „berüchtigt" war, wurde er bei dem Prozeß im März 1981 zusammen mit seinem Kollegen freigesprochen. Der geschädigte Passant wurde wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt" zu 1.250,- DM Geldstrafe verurteilt.

Ganz gut dokumentiert sind Staatsschutzübergriffe etwa ab der Besetzung der Adlerbrauerrei im Frühjahr 1980, da die „Stadtzeitung" regelmäßig über solche Vorfälle berichtete.

Als im Juni 1980 das **„Adler-Kulturzentrum"** geräumt wurde, geht die Polizei mit großer Härte gegen die 150 meist jugendlichen BesetzerInnen vor. Während der gesamten Besetzungszeit war es zu keinerlei gewaltsamen Aktionen aus der Brauerei heraus gekommen - alles hatte die Atmosphäre eines friedlichen Happenings und in der Nachbarschaft herrschte weitgehend Sympathie für die Aktion (laut einer Umfrage setzten sich 80% der Wuppertaler Bevölkerung für den Erhalt der Adler-Brauerei ein).

Trotzdem spielte die Polizei tagelang Großmanöver. Die Reichsstraße wurde bis zum völligen Abriß der Gebäude abgesperrt und Anwohner durften die Kontrollstationen nur unter Vorzeigen des Personalausweises passieren. Ein „Adler-Plenum" der Ex-BesetzerInnen unter freiem Himmel wurde gewaltsam aufgelöst und 33 Leute stundenlang im Polizeipräsidium festgehalten.

Auf einer Demonstration am 28.6.80 wurde an der Bundesallee ein Fotograf der **Neuen-Rhein-Zeitung (NRZ)** von mehreren Polizisten brutal zusammengeschlagen und seine Kamera zertreten. Die Demo selbst wurde später bei der Schlußkundgebung am Brunnen Alte Freiheit auseinandergeknüppelt.

Ein Jahr später war die Reichsstraße wiederum polizeilich abgeriegelt. Diesmal wurde die alte Villa Reichsstr. 26 besetzt, und als nach Abschluß einer Anti-AKW-Demo in Elberfeld am 21.3.81 zahlreiche DemonstrantInnen nach Barmen fuhren, prügelten Beamte der Einsatzhundertschaft auf der Werther Brücke wahllos in die Wartenden.

Bilanz: Drei Schwerverletzte und vier Festnahmen - allerdings gab es zum erstenmal in Wuppertal auch spontane Gegenreaktionen in Form einer Scherbendemo auf dem Werth.

Von diesem Zeitpunkt an waren die Feindbilder für die WZ (vor allem für ihren stellvertretenden Chefredakteur **Michael Hartmann**) und die Wupperta-

ler Polizei klar, und es verging kaum eine Woche, in der nicht gegen die Reichstraßen-BesetzerInnen gehetzt oder agiert wurde.

Höhepunkt davon war ein angeblicher Anschlag auf die Intercity-Trasse direkt hinter dem besetzten Haus am 4.5.81, bei dem gewalttätige BewohnerInnen Steine auf die Gleise gelegt haben sollen. Der „Anschlag" diente als Grundlage für eine Großrazzia in der darauffolgenden Nacht und die zahlreich herbeigeeilten UnterstützerInnen konnten nach stundenlangen Verhandlungen eine Räumung des Hauses verhindern (die z.T. auf dem Dach sitzenden BesetzerInnen wurden gegen gleichviele Leute von außerhalb ausgewechselt).

Am 20.7.1981 wurde der Punk-Kultfilm „The great rock`n`roll swindle" im Vohwinkeler Programmkino „Invoh" gestartet. Über 100 Punks aus dem Bergischen Land und dem Ruhrgebiet wollten bei der Wuppertaler Premiere dabeisein, zumal der Streifen zu dieser Zeit erst in wenigen deutschen Großstädten gelaufen war. Als ein paar Punks im Kino mit Bierdosen warfen und einige Stühle herausreißen, rief die Betreiberin des Invoh die Polizei an.

Doch statt mit ein- zwei Streifenwagen erschien diese mit mehreren Einsatzhundertschaften, drang mit Tränengas in das Filmtheater ein und prügelte alles nieder, was bunte Haare trug. Die ganze Nacht hindurch wurde in Vohwinkel eine Jagd auf Punks veranstaltet, wobei nicht nur der Stadtteil komplett abgeriegelt und die Bevölkerung per Megaphon aufgefordert wurde, in den Häusern zu bleiben. Eine große Anzahl von Jugendlichen wurde aus Kneipen und Hinterhof-Verstecken herausgezerrt, verprügelt und festgenommen.

Ein typisches Beispiel gemeinsam (abgestimmten?) Vorgehens der Polizei, der WZ und der CDU/JU gegen unliebsame Institutionen oder Randgruppen zeigte ein Vorfall vom 9.2.1982.

Das halbstädtische Kommunikationszentrum „Die Börse" am Viehhof war seit zweier Vollversammlungen des „Arbeitskreises Umwelt" (AKU) ins Schußfeld von WZ und CDU geraten.

Seitdem dort bei einer „Brokdorf-Veranstaltung" im Februar 1981 zwei christlich-demokratischen Stadtverordneten Bier über die Krawatte gegossen wurde und sich im Mai desselben Jahres eine Scherbendemo an eine AKU-Vollversammlung anschloß, galt die „Börse" in rechts-bürgerlichen Kreisen als „anarchoterroristische Kaderschmiede". Mehrere Anträge auf Schließung der Einrichtung scheiterten an der SPD-Mehrheit im Wuppertaler Stadtrat. Als Anfang 1982 trotz Leserbriefkampagnen der Jungen Union, Flugblattaktionen und Hetzkommentaren von WZ-Hartmann das Interesse am Thema „Börsen-Schließung" nachließ, passierte folgendes:

Unter dem Vorwand in der Börse würde Haschisch geraucht, drang die Polizei an einem schwach besuchten Dienstagabend ohne Absprache mit dem Börsenvorstand oder dem Hausmeister in das Gebäude ein, um „Personalien zu überprüfen". Zufällig tagte dort in der 2. Etage das „Autonome Plenum". Als mehrere Polizeibeamte im Treppenhaus eine 17-jährige Schülerin bei der extrem harten Festnahme mißhandelten, kamen einzelne Leute aus dem Plenum zuhilfe.

Es entwickelte sich eine Rangelei, an deren Ende vier Leute festgenommen und zum Teil verletzt wurden. Die Schlagzeile der WZ vom 11.2.82 suggerierte in großer Aufmachung der Wuppertaler Leserschaft: „Drogensüchtige Minderjährige in der Börse von autonomen Gewalttätern gegen die Polizei verteidigt". Klar, daß das Thema „Börse" in den darauffolgenden Wochen im Blickpunkt der empörten Öffentlichkeit blieb.

Die gleiche Taktik fuhr die Polizei im Schulterschluß mit WZ und CDU/JU auch in den darauffolgenden Jahren immer wieder gegen das „Autonome Zentrum/Haus e.V.", sei es in der Langerfelder Spitzenstraße, der Hedwigstraße oder der Uellendahler Straße. Ungerechtfertigte, überharte Aktionen, nach denen die Schuld den BetreiberInnen in die Schuhe geschoben wurde - zeitgleich mit WZ-Hetze und Leserbriefkampagnen der JU.

Das Jahr 1982 stand ansonsten ganz im Zeichen der „Punktreffs" jeden Langen Samstag am Brunnen Alte Freiheit.

Bei den ersten beiden Treffen im März und April blieb die Polizei noch Zaungast - das änderte sich allerdings am 9.5.1982, als etwa 80 Punks spaßeshalber zum SPD-Unterbezirksparteitag zur Stadthalle zogen. Obwohl der Marsch unter dem Motto „Punks grüßen Johannes Rau" absolut friedlich verlief, wurden die Leute am Johannisberg mit einem Großaufgebot gestoppt und teilweise festgenommen. Drei von ihnen wurden später erkennungsdienstlich behandelt.

Als das Juni-Treffen unter dem Motto „Gegen Bullenterror" mit einer Aktion zur „Anti-Nato-Woche" (bei der am Brunnen eine kleine Nato-Fahne verbrannt wurde) zusammenfiel, sah die Polizei rot: beim Versuch, die ihnen bekannten Autonomen gezielt aus der Menge von etwa 500 Leuten herauszuholen, prügelten und sprühten sie alles nieder, was sich dazwischen befand. Die Bilanz: 17 Verletzte, wovon 2 Punks schwere Kopfverletzungen davontrugen und wochenlang im Krankenhaus lagen. Die schwerste Verletzung auf Polizeiseite erlitt ein Beamter bei dem Versuch, einen Demonstranten niederzuknüppeln. Der Schlag ging mit voller Wucht daneben - dabei kugelte sich der Polizist einen Arm aus.

Manke, ein Zivilbeamter der politischen Abteilung K 14, fiel an diesem Tag besonders übel auf, als er eigenhändig wie besessen auf Demonstranten einprügelte.

Insgesamt wurden innerhalb weniger Stunden fast 100 Menschen festgenommen, von denen zahlreiche auf den Wachen Hofkamp und Polizeipräsidium mißhandelt oder schikaniert wurden (z.B. nackt ausziehen und so bis zu 3 Stunden ausharren, ohne das irgendetwas passiert). Mehrere auswärtige Punks mußten nachts Streifenwagen besteigen, um in den Wäldern bei Beyenburg ausgesetzt zu werden, darunter auch eine minderjährige Punkfrau, die nur unter großen Mühen und Tramperei zurückfand.

Der August-Treff konnte nahezu 1000 Punks aus dem gesamten Bundesgebiet mobilisieren und es war nicht sicher, wieviele Leute im Vorfeld auf der Anreise bereits festgenommen wurden oder Platzverweise erhielten. Im Elberfelder Bahnhof kam es zu einem unverhältnismäßig harten Schlagstock- und Hundeeinsatz durch die Bahnpolizei, den selbst der WZ-Redakteur **Stefan Heuschen** als völlig überzogen darstellte und in einem Kommentar kritisierte. Aufgrund der Intervention durch den stellvertretenden Chefredakteur Michael Hartmann und des CDU-dominierten Einzelhandelsverbandes wurde Heuschen eine Woche später fristlos entlassen.

Die 82er Punktreffs schlugen noch monatelang hohe Wellen in der Kommunalpolitik.

Die JU initiierte einen „Wuppertaler Appell" gegen Punks und Autonome und für die Würdigung des „selbstlosen, opfervollen Einsatzes junger Polizeibeamten". Eine entsprechende Podiumsdiskussion mit **Herrmann-Josef-Richter** (CDU) im Barmer Rathaus wurde zum Flop: von den eingeladenen jungen Bereitschaftspolizisten war überhaupt keiner dabei, der jemals bei einem Punktreffen eingesetzt war oder überhaupt Sachkenntnisse zu den Wuppertaler Verhältnissen hatte.

Neben WZ, CDU, JU und konservativem Bürgertum übte der Einzelhandelsverband unter Leitung des Spiezeugladeninhabers Schmidt-Sasse derartigen Druck auf den Stadtrat aus, daß dieser Anfang 1983 eine „Straßensatzung" verabschiedete, die u.a. Punktreffen, Straßenmusik und größere Menschenansammlungen im Innenstadtbereich verbot.

Unter Linken, Punks, Kulturschaffenden und den Leuten aus den sozialen Arbeitsbereichen schlugen die Wellen der Empörung hoch.

Von Oktober 1982 bis April 1983 gab es an jedem verkaufsoffenen Samstag Aktionen in der Fußgängerzone. Straßenmusik, Theater, gemeinsame Frühstücke oder Innenstadtspaziergänge halten viele CitybesucherInnen vom Einkauf ab und stießen auf erbitterten Widerstand der Einzelhändler. Der Polizei kam in diesem halben Jahr wieder die Rolle des gnadenlosen Vollstreckers zu, die zahlreiche Beamte gerne ausfüllten.

Hunderte von „Platzverweisen", unzählige Festnahmen und Verletzte sind die Bilanz der samstäglichen Polizeieinsätze. dabei wurde regelmäßig CS-Gas eingesetzt, was der damalige Polizeipräsident Rolf Födisch kategorisch bestritt. Als der WDR einen solchen Gaseinsatz am 6.11.82 dokumentierte, redete der oberste Polizeichef von einer „bedauerlichen Informationspanne seiner Behörde".

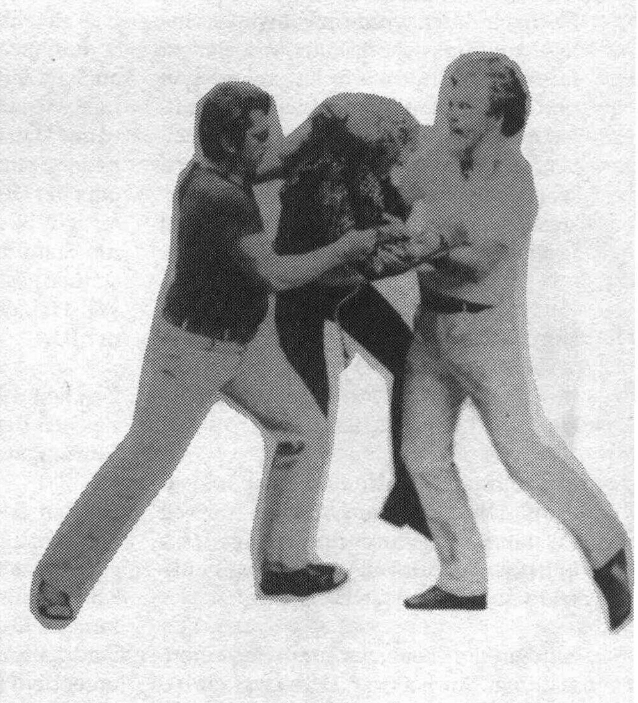
Besonders schlimm war es am letzten verkaufsoffenen Samstag vor Weihnachten, dem 18.12.82. Nahezu jede kleinere Ansammlung von Satzungs-GegnerInnen wurde brutal aufgelöst. Dabei setzten die Staatsschützer massiv CS und Schlägstöcke ein. Es wurden zahlreiche Menschen festgenommen, darunter einige Minderjährige. Noch Tage nach diesen Festnahmen wurden sämtliche Eltern der Betroffenen von der Polizei telefonisch belästigt („hatte Ihr Sohn/Ihre Tochter schon häufiger Kontakte zur linksradikalen Szene?").

Die Elberfelder Nordstadt bildet seit eh und je ein beliebtes Aufenthalts- und Betätigungsfeld für die Wuppertaler Polizei. Der Grund dafür liegt sicherlich darin, daß dort eine Menge linker, unangepaßter oder ausländischer Menschen wohnen. Es kam im Laufe dieser Staatsschutz-Aktivitäten auch häufig zu häßlichen Szenen, wie der Fall einer jungen Familie aus der Mirker Str. belegt:

In der Nacht vom 11. auf den 12.6.83 stellte das Paar den Wagen in der Neuen Friedrichstr. ab, um mit den drei Kindern nach Hause zu gehen. Sie begegneten einer Zivilstreife in einem dunkelroten Golf mit Dortmunder Kennzeichen. Die beiden Beamten **Pick** und **Atin** forderten Peter B. auf, sein Auto „ordentlich" am Straßenrand zu parken, ansonsten würden sie ihn mit zur Blutprobe nehmen. Als Peter B. einen Augenblick verdutzt verharrte, hatte ihn Polizeihauptwachmeister Atin bereits im Würgegriff und Pick ohrfeigte das Opfer. Obwohl die Lebensgefährtin inzwischen eingetroffen war, traten und schlugen die Polizisten den am Boden Liegenden vor den Augen der Kinder brutal zusammen, wobei sie ihm auch immer wieder in die Geschlechtsteile traten. Besonders Atin schien wie entfesselt. Er versuchte, Peter B. mit einer Hand den Unterkiefer festzuhalten und ihm mit den Zeigefingern in die Augen zu stechen. Nachdem es aufgrund der Hilfeschreie einen größeren Menschenauflauf gab und ein benachbarter Wirt die Polizei(!) verständigt hatte, gelang es den Streifenbeamten kaum, den prügelnden Atin von seinem bereits bewußtlosen Opfer zu trennen. Insgesamt sechs Streifenwagenbesatzungen bekamen die Situation in den Griff und verfrachteten das verletzte Opfer ins Präsidium. Erst dabei stellte sich für alle Beteiligten heraus, daß die Fahrer des Dortmunder Golfs Zivilbeamte des Schutzbereichs Mitte waren. Als die Verlobte im Präsidium eintraf, wurde ihr sowohl der Zugang wie auch die Hinzuziehung eines Arztes verweigert. Erst nach der gewaltsamen Entnahme einer Blutprobe wurde er entlassen und von seiner Freundin ins Klinikum Elberfeld gebracht.

Am 10.7.83 geriet Wuppertal unverhofft ins Rampenlicht der internationalen Presse. Sozusagen zum Einstand ließ der neue Polizeipräsident Klaus Köhler ein bundesweites Treffen zur Nachbereitung der „Krefeld-Aktionen" (anläßlich eines Besuchs des US-Vizepräsidenten George Bush) hochgehen. Bei der vielbeachteten Polizeiaktion wurden insgesamt 104 Menschen festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Der damalige Leiter der politischen Polizeiabteilung, Klaus Zacharias, betonte auf einer Pressekonferenz, „nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen zu haben".

Der gleiche Zacharias, der die Notwendigkeit beschwörte, mit nahezu allen Mitteln gegen Linke vorzugehen, spielte ein Jahr später die Gefahr des zunehmenden Rechstradikalismus herunter. Nach einer Razzia gegen die **„Bergische Front"** in Solingen und Wuppertal, die sich auf Ermittlungen wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Nötigung berief, betonte die Staatsanwaltschaft Wuppertal, daß es sich bei den beiden Initiatoren **Bernd Koch** und **Wolfgang Schlösser** um „zwei Außenseiter" handelte. Zacharias unterstrich auf einer



Wuppertaler Zivilbeamte im Einsatz



Polizei-Panzerfahrzeug im Einsatz bei Räumung der besetzten Muno-Fabrik

Pressekonferenz, daß „die Kurve der Gewalttaten von rechts absinke".

Die beiden „Außenseiter" Koch und Schlösser hatten zu diesem Zeitpunkt bereits Kontakt zu **Michael Kühnens „Aktionsfront Nationaler Sozialisten"** (ANS/NA) und waren Mitglieder der **NSDAP/AO.** Neun Jahre später spielten Koch und Schlösser eine undurchsichtige Rolle im Umfeld des mörderischen Brandanschlags von Solingen am Pfingstsamstag 1993. Beide „Außenseiter" sind Mitglieder der rechten Kampfsportschule „**Hak Pao**" und hatten enge Kontakte zu allen fünf Angeklagten. Im Sommer 1994 mußten sie deshalb mehrfach vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf aussagen. Die Jahre zwischen 1984 und 1989 waren in Wuppertal geprägt von zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten. So versuchten die „**Jungen Nationaldemokraten**"(JN) in dieser Zeit mehrfach, Informationsstände in den Fußgängerzonen durchzuführen. Zum Teil war das entweder überhaupt nicht oder nur mit massiver Polizeihilfe möglich. Als es am 16.6.87 zu einer Protest- und Blockadeaktion anläßlich einer JN-Veranstaltung mit dem Titel „Scheinasylanten raus" vor der NPD-Kneipe „**Kleine Reszidenz**" (Alsensstr.) kam, schlug die Polizei zu: sie prügelte die Menge auseinander und nahm zwei Personen fest. Dabei zog ein Zivilbeamter seine Dienstwaffe gegen einen Antifaschisten.

Es gab aber in derselben Zeit auch mehrere Hausbesetzungen, die der Forderung nach einem „**Autonomen Zentum**" Nachdruck verleihen sollen. Immer wieder kam es dabei zu brutalen Räumungen und unverhältnismäßig harten Polizeiübergriffen. Einen ganz besonders brutalen Überfall führten die Beamten einer Einsatzhundertschaft mit SEK-Unterstützung nach der Räumung der Uellendahler Str. am 4.6.89 durch. Eine spontane Demo wurde auf dem Weg zur Innenstadt eingekesselt und gewaltsam aufgelöst. Die ca. 100 TeilnehmerInnen wurden vor Hauswände und Schaufensterscheiben gedrückt und massiv mit Schlägstöcken und CS-Gas traktiert. Sie hatten keine Chance, den Mißhandlungen und Schlägen zu entkommen. Eine Frau erlitt bei diesem „Einsatz" einen Lendenwirbelbruch und lag tagelang auf der Intensivstation. Aber nicht nur Linke waren das Ziel polizeilicher Attacken, auch gegen Leute aus den eigenen Reihen gingen die grünuniformierten Sicherheitskräfte nicht gerade zimperlich vor.

Diese bittere Erfahrung machte ein Polizeibeamter als Mitglied der „**Arbeitsgemeinschaft kritischer PolizistInnen**", als er außerhalb seiner Dienstzeit als Privatperson an der Blockade einer „**Republikaner**"-Großveranstaltung am 26.4.90 vor der Stadthalle teilnahm. Ob ihn seine aktiven Kollegen erkannten oder nicht - jedenfalls wurde er an der Absperrung Johannisberg rüde festgenommen und mit Faustschlägen traktiert. Einer Anzeige wegen Nötigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt schloß sich die Versetzung als Fußstreife an, obwohl er sich am Protesttag völlig passiv verhalten hatte. Das Verhältnis zwischen Polizei und „Republikanern" schien über längere Zeit in Wuppertal von einer sehr verständnisvollen, fast freundschaftlichen Atmosphäre geprägt zu sein. So wurde im Frühjahr 1993 ein Informationsstand der Reps in Wuppertal-Ronsdorf von einer Art Security-Gemisch aus Parteifunktionären, Polizeibeamten und Mitgliedern des „**Deutschen Hochleistungs-Kampfsport-Kunst-Verbandes**" (DHKKV) gegen antifaschistische Proteste verteidigt. Der DHKKV war als Unterabteilung der Kampfsportschule Hak-Pao von Verfassungsschutzmitarbeiter **Bernd Schmitt** gegründet worden und diente als Sammelbecken der rechtsradikalen Szene. Wenige Wochen nach dieser gemeinsamen Schutzaktion geschieht der Brandanschlag von Solingen. Alle fünf verhafteten Tatverdächtigen gehörten Hak Pao oder dem DHKKV an. Eben wegen dieser unrühmlichen Querverbindungen und vor dem Hintergrund des Solingen-Prozesses veranstaltete eine Straßentheatergruppe am 27.5.94 eine scherzhafte „Gegenobservation" des Staatsschutzbeamten **Udo Stürmer** am Alten Markt. Als sich die mit Schlapphüten und Trenchcoat verkleideten Gegenobservierer dem Briefkasten des politischen Polizisten näherten, um ein Flugblatt einzuwerfen, schlug ein im Hausflur verstecktes und vermummtes SEK-Kommando zu. Zwei Leute mußten nach diesem Überfall mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden, zahlreiche andere wurden ebenfalls verletzt. Elf Personen wurden festgenommen und wegen Landfriedensbruchs angezeigt.

Am Samstag, den 13.5.95 versammelten sich ca. 100 Leute zu einem „antifaschistischen Stadtrundgang" in der Elberfelder City, bei dem es traditionsgemäß kurze Kundgebungen vor den Wohnungen oder Büros bekannter Faschisten oder irgendwelcher Schreibtischtäter gab. Ziel solcher Aktionen waren in der Vergangenheit REP- oder NPD-Funktionäre, die Ausländerbehörde oder der Abschiebeknast.

An diesem Samstag wartete die Polizei auf einen günstigen Anlaß zum Einschreiten und initiiert ihn am Schwebebahnhof Loher Brücke. Ein blauer Farbspritzer am Schuh eines Einsatzbeamten, der von einem Farbbeutel stammen sollte, diente als Vorwand für die Festnahme von mehr als 40 Menschen, darunter auch mehreren Minderjährigen. Daß zwei 14- bzw. 15-jährigen Mädchen der Telefonkontakt zu ihren Eltern stundenlang verweigert wurde und sie darüber hinaus im Präsidium noch übel beschimpft wurden, geht bundesweit durch die Medien.

Polizeipräsident Köhler versucht eauf einer stark frequentierten Pressekonferenz zwar, den Fall der Minderjährigen als eine „Verkettung unglücklicher Umstände" darzustellen, an denen letztendlich die Betroffenen selbst Schuld hätten, allerdings fand er für diese These keine Abnehmer.

Am 4.und 6. Juli 1995 fand in Dortmund vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts ein Prozeß gegen die Inhaber bzw. Geschäftsführer der Druckerei „Kölle-Druck" mit Sitz in Preußisch-Oldendorf statt.

Kölle-Druck unter Druck

Prozeß gegen die Inhaber der führenden Druckerei für revisionistische Machwerke

Erwin Höke (75jährig) und sein Sohn Rainer Höke waren angeklagt, die Zeitschrift „Die Bauernschaft", deren Herausgeber **Thies Christophersen** aus Kollund ist, gedruckt zu haben und am Vertrieb dieser Zeitschrift maßgeblich beteiligt gewesen zu sein.

Höke und Christophersen

Erwin Höke ist nicht der harmlose Drukker, der Rechtsextremisten auf den Leim gegangen ist, er war Batteriechef der SS Division Hitler Jugend und gehörte 1988 zu den Mitinhabern des rechten „K.W. Schütz Verlag". Schon 1993 druckte er 20.000 Exemplare der revisionistischen Zeitschrift „**Wahrheit für Deutschland**", die von dem Auschwitz-Leugner und NPD Mitglied **Udo Walendy** herausgegeben wurde.

Der 1918 geborene Thies Christophersen gehört zu den führenden Auschwitz Leugnern in Europa. Er entzog sich im Jahre 1986 einer Gefängnisstrafe durch die Flucht nach Kollund (Dänemark). Die dänischen Behörden stellten ihm eine Aufenthaltsgenehmigung aus und verweigerten die Auslieferung. Von nun an konnte er problemlos nationalsozialistische Propaganda in seinen Heftchen „Die Bauernschaft" und „**Kritik - Stimme des Volkes**" vertreiben. Seine rege Autorentätigkeit und die „**Nordwind-Versandbuchhandlung**" wurde erst im Oktober 1994 durch den Protest aufmerksamer AnwohnerInnen gestoppt, die täglich vor seinem Haus demonstrierten. Entnervt zog Christophersen im Januar 1995 aus.

Die Anklage

Sie bezog sich auf Paragraph 86 (Verbreitung verfassungsfeindlicher Schriften). Richter **Reichel** und Richterin **Hengemühle** versuchten, anhand der vorliegenden Exemplare 3/93, 4/93, und 3/94, die beiden Angeklagten davon zu überzeugen, daß es sich wohl eindeutig um nationalsozialistische Propaganda handele. Sie verlasen mehrere Passagen aus unterschiedlichen Artikeln.

Neben Textpassagen wie: „ *... wem nützen die Brandanschläge gegen Asylantenwohnheime ...* ", „*die schlechteste Regierungsform ist der Nationalsozialismus, aber ich kenne keine bessere ...* " und widerliche Haßtiraden eines gewissen **Max Schröter** (USA) anläßlich der Einweihung des Holocaust-Denkmals in Washington, finden sich in der Zeitschrift „Die Bauernschaft" Diskussionsbeiträge zu Themen wie „Arterhaltung und Rangordnung", „Rassengesetze", „Führerprinzip/Glorifizierung von A. Hitler", usw.

Wirre Beweisanträge

Rechtsanwalt **Hermann** (RA von E. Höke) erdreiste sich allen Ernstes, eine inhaltliche Diskussion der Beiträge von Thies Christophersen zu fordern (mittels Beweisantrag) und schob verbal folgende Begründung nach: „... das hat mein Mandant nicht verdient.. Christophersen ist ein harmloser Bursche, ... er stelle lediglich seine Erlebnisse dar ..." und außerdem sei sein Mandant als kriegsfreiwilliger Oberstleutnant der Waffen-SS ständig an der Front gewesen.

Der Beweisantrag wurde abgelehnt. Daraufhin versuchte es RA Hermann auf der formalen Schiene: Denn im fraglichen Zeitraum, Ende 1993, sei Erwin Höke gar nicht mehr der Geschäftsführer gewesen. Obwohl kein Nachweis für diese Behauptung dem Gericht vorlag, wurde E. Höke freigesprochen, was dem Antrag des Staatsanwalts entsprach.

Werbung für die NSDAP

Junior Höke versuchte sich mit Hilfe seines Rechtsanwalts Prof. **Dr. Bracht**, damit herauszureden, er sei lediglich Drukker, und ihn hätten zum Beispiel die von Christophersen zugeandten, genau beschriebenen Auftragsänderungen zu den einzelnen Ausgaben der Zeitschriften gar nicht interessiert (z.B.: „... S.10 - Foto von R. Heß - verkleinern und einfügen ..."). Ebenso seien ihm die Umschlagseiten mit Werbung für den Wiederaufbau der NSDAP nicht aufgefallen.

Der Staatsanwalt plädierte für R. Höke in Bezug auf 3-4/93 (Die Bauernschaft)) auf Fahrlässigkeit und in Bezug auf 3/94 (Umschlagseite) auf „Beihilfe zu Paragraph 86" und forderte 6 Monate auf Bewährung und 4.000 DM Geldstrafe. Daraus wurden schließlich 8 Monate auf 3 Jahre Bewährung und 5.000 DM Geldstrafe (davon 3.000 DM - für Aktion Sühnezeichen).







Christophersens "Die Bauernschaft" und "Kritik"

In den letzten Jahren kann man verstärkt eine Renaissance völkisch-nationalistischer Diskurse beobachten. Die folgenden Überlegungen gehen der Frage nach, wie es zu dieser Renaissance gekommen ist. Vor allem im bundesrepublikanischen Neokonservatismus gibt es eine zunehmende Tendenz, sich von der bürgerlich-liberal verfaßten Staatsbürgernation zu verabschieden. Wolfgang Schäubles Kritik am „Verfassungspatriotismus" weist in diese Richtung und ist ein wesentlicher Beitrag zur Rehabilitierung völkisch-nationalistischer Argumentationsmuster.

Die Wiedergeburt des Völkischen Nationalismus aus dem 'Geist' des Neokonservatismus

Der völkisch 'begründete' Nationalismus ist die Version des Nationalismus, die die moderne deutsche Geschichte beherrscht. Zum Kernbestand dieser Weltanschauung und Staatsideologie gehören einige Ideologeme, die immer wieder auftauchen: die Konstruktion der Nation nach dem (fiktiven) Prinzip ethnischer Homogenität, die Vorrangstellung der „Volksgemeinschaft" gegenüber den Individuen, ein autoritäres Staatsverständnis mitsamt Elite- und/oder Führerkult, die Heroisierung des loyalen Bürgers, ein dualistisches Freund-Feind-Denken, ein biopolitisches Verständnis des „Volkskörpers" und der Primat der Außenpolitik, basierend auf einem imperialen Machtstaatsdenken (vgl. Kellershohn 1992). Er ist Bestandteil des „Kältestroms" (Ernst Bloch), der die deutsche Geschichte seit dem vorigen Jahrhundert durchzieht und im Nationalsozialismus seine barbarische und zugleich seine vorläufig modernste Ausdrucksform gefunden hat. Nach 1945 trat diese vorherrschende ideologische Tradition - aufgrund des Makels, der an ihr haftete, und im Zusammenhang mit der von seiten der politischen Klasse betriebenen Westintegration - allmählich in den Hintergrund. Der Völkische Nationalismus konnte jedoch (nicht nur) im rechten Parteienspektrum politisch gleichsam 'überwintern'. Aus heutiger Sicht bedeutsamer war, daß völkische Ideen im Grundgesetz verankert und damit Bestandteil der offiziellen Staatsideologie blieben. Man kann durchaus mit Blick auf den Art. 116 GG, in dem das Staatsbürgerrecht geregelt wird, von „einem völkischen Kern des Grundgesetzes" (Oberndörfer 1992, S. 25) sprechen.

Gegenüber diesen nicht unwesentlichen 'Restbeständen' war es das historische Verdienst der Studentenbewegung und der Reformära der 70er Jahre, einer anderen geistigen Haltung bis ins Alltagsbewußtsein hinein Geltung verschafft zu haben. Vereinfacht gesprochen: Der Geist der 68er war der eines *sinnlichen Materialismus*, der die Institutionen der Gesellschaft und die Gesellschaft als Ganzes nur gelten lassen wollte, sofern sie sich vor den Bedürfnissen der Individuen und ihrem Anspruch nach selbstbewußter und gleichberechtigter Regelung ihrer Lebensverhältnisse rechtfertigen können. Das im Ansatz kapitalismuskritische Projekt der 68er zerbrach zwar schon frühzeitig an den inneren Widersprüchen und Auflösungsprozessen sowie den Normalisierungsbemühungen der Sozialdemokratie (siehe: „Modell Deutschland"); dennoch reichte der kulturrevolutionäre Ansporn allemal, um zumindest die Verwestlichung der Bundesrepublik, ihre nicht nur politische und ökonomische, sondern auch kulturelle Integration in den Westen voranzutreiben. Die Kritik tabuisierter völkisch-nationalistischer Traditionsbestände durchströmte unter dem Stichwort „Aufarbeitung der Vergangenheit" den Zeitgeist.

Bürgerlich-liberaler „Verfassungspatriotismus"

Mit dem Begriff „Verfassungspatriotismus" trug der damalige Mitherausgeber der FAZ, **Dolf Sternberger**, dem veränderten gesellschaftlichen 'Klima' in doppelter Hinsicht Rechnung. In einem programmatischen Artikel zum 30. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes (FAZ 23.5.1979) verwies er - gegen die Kritik der Institutionen von links - auf *„die Luft der Freiheit"* im Gehäuse des Staates; andererseits vermied er es, die Loyalität der Bürger auf der Basis einer vorpolitisch und vorstaatlich gedachten „Volks"- oder „Kulturnation" einzufordern. Er plädierte für die Notwendigkeit eines „neuen", eines „zweiten" Patriotismus: *„Die Verfassung ist aus der Verschattung hervorgekommen, worin sie entstanden war. In dem Maße, wie sie Leben gewann, wie aus bloßen Vorschriften kräftige Akteure und Aktionen hervorgingen, wie die Organe sich leibhaftig regten, die dort entworfen, wie wir selbst die Freiheiten gebrauchten, die dort gewährleistet waren, wie wir in und mit diesem Staat uns zu bewegen lernten, hat sich unmerklich ein neuer, ein zweiter Patriotismus ausgebildet, der eben auf die Verfassung sich gründet. Das Nationalgefühl bleibt verwundet, wir leben nicht im ganzen Deutschland. Aber wir leben in einer ganzen Verfassung, in einem ganzen Verfassungsstaat, und das ist selbst eine Art von Vaterland"* (Sternberger 1979, zit. nach Behrmann/Schiele 1993, S. 3).

Mit diesem Plädoyer für einen an der Verfassung orientierten Patriotismus stellte Sternberger die Bundesrepublik in die westliche Tradition der bürgerlich-liberal verfaßten Staatsbürgernation. Das war und ist sie ja auch vom Anspruch her, sieht man einmal von den völkischen Restbeständen ab. Richard von Weizsäkker verlieh dem Begriff „Verfassungspatriotismus" dann die höheren staatspolitischen Weihen (v. Weizsäcker 1987). **Jürgen Habermas** brachte ihn im „Historikerstreit" gegen die nationalen Identitätsarbeiter auf dem Gebiet der Geschichtspolitik (**Nolte, Hillgruber, Stürmer** u.a.) in Stellung: *„Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus. Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturnation der Deutschen erst nach - und durch - Auschwitz bilden können. Wer uns mit einer Floskel wie »Schuldbesessenheit (Stürmer und Oppenheimer) die Schamröte über dieses Faktum austreiben will, wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzig verläßliche Basis unserer Bindung an den Westen"* (Habermas 1986, zit. nach „Historikerstreit«91995, S. 75f.)»" 1987, S. 75f; vgl. auch Habermas 1992).

Neokonservatismus: ökonomische Modernisierung und kulturelle Restauration

Habermas verwandte den Begriff „Verfassungspatriotismus" im Rahmen seiner politischen Interventionen gegen die neuerliche Verschiebung des poli-

tisch-kulturellen 'Klimas' in den 80er Jahren. Die konservativ-liberale „Wende"-Regierung war 1982 mit dem Ziel angetreten, den sog. „Wertewandel" im Gefolge der Studentenbewegung rückgängig zu machen (vgl. Dubiel 1985, S. 21ff.). Das Konzept einer kulturellen Restauration stand freilich von vornherein im Kontext eines umfassenderen gesellschaftspolitischen Projekts. Es war die erklärte Absicht der Unionsparteien und der FDP, die Grundlage des bundesrepublikanischen Sozialstaats aufzulösen. Grundlage aber war seit 1949 - unter dem Titel Sozialpartnerschaft firmierend - ein asymmetrischer Klassenkompromiß von Lohnarbeit und Kapital. Die „Wende"-Regierung hat versucht, die Spielregeln der Sozialpartnerschaft aufzukündigen: Das war der Kern der sog. angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Ihr ging es um die Durchsetzung einer von sozialstaatlichen Fesseln soweit wie möglich befreiten Marktwirtschaft; als oberstes Prinzip galt ihr die Erweiterung des Spielraums privater Kapitalakkumulation. „Deregulierung", „Flexibilisierung", „Privatisierung" lauteten die Schlüsselbegriffe. Sie wurden mit der Absicht umzusetzen versucht, die Angebots- und Profitbedingungen bei den Unternehmen selbst zu verbessern.

Dieses Projekt einer kapitalorientierten ökonomischen Modernisierung war also angesagt, und in diesem Kontext stand nun der Versuch einer restaurativen „Wertekulturpolitik". Beide Komponenten machten das aus, was allgemein als Neokonservatismus bezeichnet wurde. Hinzu kam noch die Neudefinition der Rolle des Staates mit Rückgriff auf Konzepte des autoritären Staates in der Tradition der Konservativen Revolution (vgl. Saage 1983, S. 246 - 257). Die „Wertekulturpolitik" stürzte sich auf eine Kritik des sinnlichen Materialismus der 68er und denunzierte ihn als Hedonismus und Anspruchsdenken: Er sei verantwortlich für das Schwinden von Disziplin, Arbeitsmoral, Konkurrenz- und Leistungsbereitschaft. Darüberhinaus bemühte man sich um die Aufwertung von Familie, Nation, Tradition, Erziehung usw. Den eigentlichen Stellenwert dieser angestrebten kulturellen Restauration beschrieb Habermas so: *„Der Neokonservatismus verschiebt (...) die unbequemen Folgelasten einer mehr oder weniger erfolgreichen kapitalistischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auf die kulturelle Moderne"* (Habermas 1981, S. 450). Gemeint ist damit unter anderem, daß die Wirtschaftspolitik des Neokonservatismus mit einer kulturalistischen Argumentation verknüpft ist, in der ökonomische Krisen als wesentlich kulturelle Krisen dargestellt werden. Danach ist die „freie" Marktwirtschaft an sich betrachtet stabil, im Prinzip gibt es keine Krisen; aber, so die Argumentation, Krisen werden allererst durch marktfremde Eingriffe ermöglicht, die auf einer mangelnden kulturellen Anpassung der Individuen an die Bedingungen einer dynamischen Marktwirtschaft beruhen. Die gesellschaftlichen Leitbilder und Werte (z.B. in puncto Arbeitsmoral) seien einem erfolgreichen ökonomischen Handeln abträglich. Für den Neokonservatismus tritt also der Bereich des Kulturellen und insbesondere der Wertorientierungen in ein bestimmtes Verhältnis zur Ökonomie: die über Werte vermittelte Anpassungsbereitschaft der Individuen gilt als Voraussetzung für ein reibungsloses Funktionieren der Ökonomie; andererseits soll die „Wertekulturpolitik" gewissermaßen einen utopischen Überschuß produzieren, indem sie die normative Integration der Gesellschaft als Kompensation für die negativen Folgen einer marktradikalen Wirtschaftspolitik (z.B. soziale Desintegrationsprozesse) anzubieten versucht.

Jürgen Habermas' Eingriffe in diesen neokonservativen Diskurs, in denen der Begriff „Verfassungspatriotismus" eine zentrale Rolle spielte, gewannen ihre Brisanz dadurch, daß sie auf Bruchlinien im Projekt des Neokonservatismus zielten. Denn die Frage nach Ausmaß und Tendenz der „Wertekulturpolitik" war und ist zwischen den verschiedenen Lagern im konservativ-liberalen Block an der Macht durchaus umstritten. Gerade auf dem Feld des Nationalen markiert der Begriff des „Verfassungspatriotismus" eine wesentliche Differenz zwischen dem nationalkonservativen Lager und dem linken Flügel der Union um **Heiner Geißler** und **Rita Süssmuth**. Letzterer hat freilich in den letzten Jahren an Gewicht verloren.

Die jüngste Entwicklung seit 1989 hat denn auch gezeigt, daß der „völkische Kern" der Staatsideologie von den beherrschenden Kräften im konservativen Lager in zunehmenden Maße reaktiviert und zusammen mit anderen nationalistischen Motiven systematisch zu einem Kampffeld konservativer Politik ausgebaut worden ist. Einen vorläufigen Höhepunkt bildete zweifellos die Asyldebatte mit ihren z.T. progromartigen Begleitumständen. Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, die sog. Wiedervereinigung mit ihren z.T. katastrophischen Folgen für den „Industriestandort" Ostdeutschland, der Golfkrieg und die vielerorts beschworene neue Rolle Deutschlands in der Weltpolitik wurden derart thematisiert, daß mittlerweile ein *völkischer Idealismus* zum Grundton (nicht nur) des konservativen Politikerdiskurses geworden ist: Mit Emphase und Pathos werden Volk und Nation herbeizitiert, in Wirklichkeit sind Macht, Herrschaft und die Mehrung des Profits gemeint. Nachdem die Parteilichkeitsapostel des Marxismus-Leninismus mit dem Umbruch von 1989 das Zeitige gesegnet haben, haben nun offensichtlich die Parteilichkeitsapostel des Völkischen Nationalismus Hochkonjunktur. An die Stelle des Bekenntnisses zur „Arbeiterklasse" tritt zunehmend das allgemeine Bekenntnis zur Nation als „Schicksalsgemeinschaft". Nicht das vielbeschworene Ende der Ideologien und Utopien scheint also der markante Zug der Zeit zu werden, sondern die Wiedergeburt von Ideologie in ihrer elendigsten Form, nämlich in Gestalt einer sadomasochistischen Ersatzreligion.

Konservative Kritik des „Verfassungspatriotismus"

Exemplarisch für diese Entwicklung steht die verbreitete Kritik an der „Kopfgeburt des Verfassungspatriotismus" (Schäuble 1994, S. 218). Diese Kritik ist heute - auf der Ebene des Politikerdiskurses - *eines* der zentralen Elemente in der Rekonstruktion des Völkischen Nationalismus. Sie zielt auf eine dem politischen Interessenkampf vorgelagerte innere Bereitschaft des Bürgers zur Identifikation mit der Nation. Die Nation als Leitformel, in die die herrschenden Interessen eingegossen und über die sie verallgemeinert werden können, soll zum unhinterfragbaren Maßstab politischer Artikulationsprozesse werden. In dem jüngsten Buch des CDU-Fraktionsvorsitzenden **Wolfgang Schäuble** (*„Und der Zukunft zugewandt"*) hört sich das so an:

„Es hilft also nichts: Auch wenn wir Deutsche uns am Ende dieses Jahrhunderts schwertun, uns über über unsere gemeinsamen Grundlagen zu verständigen: Wir müssen uns des Gefühls nationaler Zusammengehörigkeit wieder sicherer und gewisser werden. Bei allem Respekt für die Freiheits- und Rechtsordnung unseres wohlgelungenen und bewährten Grundgesetzes: Ein Verfassungstext allein kann nicht ausreichen, um nicht nur im Verstand, sondern auch in den Herzen der Menschen jene Gemeinschaft zu stiften, die notwendig ist, auch schwierige Zeiten zu meistern" (S. 221)

„Wir werden an unseren Aufgaben wachsen: die Herausforderungen, denen wir heute ausgesetzt sind, können helfen, den Prozeß der inneren Selbstfindung zu beschleunigen. Die Frage nach der Grundlage staatlicher Gemeinschaft hat immer mit dem Schutz nach innen und außen, also mit Frieden und Sicherheit zu tun, und so werden wir uns durch neue Herausforderungen und Gefährdungen, an denen wir auch wachsen können, unserer Schicksalsgemeinschaft wieder mehr bewußt - ob wir wollen oder nicht“ (S. 219).

Schäuble begreift also die Nation als unmittelbare Gewißheit der Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft der Deutschen, kollektiv - symbolisch codiert als „Herzensangelegenheit“. Das Gefühl der Verbundenheit als einheitstiftendes Element wird von ihm gegen die über den „Verfassungstext“ 'bloß' verstandesmäßig vermittelte Einheit aufgewertet. „Grundlage staatlicher Gemeinschaft“ soll nicht mehr nur „allein“ die einsichtige, materiell und rechtlich abgesicherte Interessiertheit der Bürger sein, sondern zusätzlich die Gewißheit, der Gemeinschaft der Deutschen anzugehören. Andererseits aber mißtraut Schäuble der Nation als Sache des Herzens und der „inneren Selbstfindung“ der Bürger. Dem muß nachgeholfen werden, weswegen Schäuble auf allerlei Sachzwänge, sog. „Herausforderungen und Gefährdungen“ rekurriert, die er vornehmlich auf dem Gebiet der Außenpolitik zu finden glaubt. Über den Primat der Außenpolitik („Frieden und Sicherheit“), über den staatlichen „Schutz nach innen und außen“ soll sich dem Bürger erweisen, daß die Nation eigentlich schon immer als „Schicksals“- und „Schutzgemeinschaft“ existiert habe und ohne seinen Willen und sein Zutun auch immer existieren wird. Die Nation liegt folglich gar nicht mehr in der unmittelbaren Gewißheit der Deutschen begründet, sondern wird hier zu einer ontologischen Größe stilisiert, der man sich eben nur bewußt werden muß.

Schäubles Argumentation, mit der er den Begriff „Verfassungspatriotismus“ in einen völkisch-nationalistischen Argumentationszusammenhang schrittweise überführt, verweist auf ein zentrales Problem: das Kollektivsubjekt „wir Deutsche“, angeblich immer schon als Schicksalsgemeinschaft präsent, muß als Gegenstand der unmittelbaren Gewißheit allererst diskursiv hergestellt werden. Konstruktion eines Mythos bzw. einer Ersatzreligion - so könnte man dieses Geschäft mit einer paradoxen Formel bezeichnen.

Öffnung nach rechts

Die Renationalisierung im völkischen Sinne ist - das muß man konstatieren - keineswegs abgeschlossen, sie vollzieht sich eher allmählich, zuweilen zugespitzt wie in der Asyldebatte; sie wird immer wieder durchbrochen und durchkreuzt von gegenläufigen Prozessen und Tendenzen. Es gibt zur Zeit (noch) kein einheitliches Bild, sondern eher eine Art Flikkenteppich verschiedenartigster Kämpfe und Gegenkämpfe.

Nutznießer und zugleich *Verstärker* der skizzierten Entwicklung, die wohlgemerkt nicht an den Rändern, sondern in der bürgerlichen „Mitte“ der Gesellschaft ihren Ausgang genommen hat, ist freilich das rechtsextreme Lager, das immer schon dem Geist des Völkischen Nationalismus pur verpflichtet gewesen ist. Auf dem Hintergrund der sozialen Desintegrationsprozesse und ideologischen Umbrüche, die mit dem neokonservativen Wende-Projekt einhergingen, konnten sich die Republikaner, von ihrem Ursprung her *„Fleisch vom Fleische der CDU“* (**Rohrmoser**), als eine Gruppierung herausbilden, in welcher der Völkische Nationalismus eine unverfälschtere Gestalt annehmen konnte, während er in den Unionsparteien bis heute noch durch gegenläufige Strömungen relativiert wird.

Neben diesem Versuch, auf populistischem Wege, über die Bildung von Massenparteien und den Kampf um Parlamentssitze Einfluß zu gewinnen, steht der zur Zeit erfolgversprechendere Versuch des intellektuellen Rechtsextremismus in und außerhalb der rechtsextremen Parteien, in die staatlichen und kulturellen Apparate hineinzuwirken, den Kampf um die kulturelle Vorherrschaft zu führen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang insbesondere die jungkonservative Wochenzeitung „**Junge Freiheit**“ (vgl. Kellershohn [Hg.] 1994). Diese Zeitung entpuppt sich zur Zeit immer mehr als kollektiver Organisator von Radikalisierungsprozessen im nationalkonservativen und nationalliberalen Spektrum. Die Vorgänge um die Kampagne zum 8. Mai (vgl. den Aufruf *Gegen das Vergessen*, FAZ 7.4.1995), die von der sog. „Neuen Rechten“ inszeniert wurde, haben dies schlaglichtartig beleuchtet.

Helmut Kellershohn

Literatur

Behrmann, Günter C./Schiele, Siegfried (Hg.): Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung? Schwalbach/Ts. 1993

Dubiel, Helmut: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt/M. 1985

Habermas, Jürgen: Die Moderne - ein unvollendetes Projekt (1980), in: Ders.: Kleine politische Schriften (I - IV), Frankfurt/M. 1981, S. 444 - 464

Ders.: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der Zeitgeschichtsschreibung, in: Die Zeit 11.7.1986, abgedruckt in: Historikerstreit Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1995

Kellershohn, Helmut: „Unser Programm heißt Deutschland“ - Der Beitrag der REPublikaner zur Renaissance völkischen Denkens in Deutschland, in: Butterwegge, Christoph/Jäger, Siegfried: Rassismus in Europa, Köln 1992, S. 86-104

Ders. (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994

Oberndörfer, Dieter: Vom Nationalstaat zur offenen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 9/92, S. 21-28

Saage, Richard: Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik, in: Ders.: Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie, Frankfurt/M. 1983, S. 228 - 282

Schäuble, Wolfgang: Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994

Sternberger, Dolf: Verfassungspatriotismus, in: FAZ 23.5.1979, abgedruckt in: Behrmann/ Schiele a.a.O., S. 2 - 4

Weizsäcker, Friedrich v.: Nachdenken über Patriotismus, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 119, 11.11.1987, S. 1021 - 1024

Die diesjährigen Feierlichkeiten zur sogenannten „Wiedervereinigung" werden in Düsseldorf dezent abgehalten, denn es ist schwierig geworden, die deutschtümelige Euphorie von 1989 im gleichen Stil wieder zu beleben.

3.10.1995 ... für das deutsche Va-aterlaaaand?

Nicht, daß jene Euphorie nun einem kritischen öffentlichen Nachdenken über die Rolle des deutschen Staates in der Welt und seiner Innenpolitik gewichen wäre, vielmehr ist es die Diskrepanz zwischen zivilgesellschaftlichem Wohlstandschauvinimus ohne gesellschaftsgestaltende Ansprüche und dem gemeinsamen Ringen der politischen Klasse um mehrheitsfähige Plattitüden, die ein Ende des herkömmlichen Verständnisses von Politik verkünden: „Deutschland" ist hierbei die Worthülse für ein imaginäres Identifikationsgebilde, das möglichst störungsfrei und konsumentenfreundlich für stabile Spritpreise, Klassenverhältnisse und Wachstumsraten, interessantere Fernsehprogramme, kontrollierte Einwanderung und möglichst noch eine saubere Umwelt zu sorgen hat -ein regulatives Abstraktum gepaart mit einem relativ emotionslosen und künstlichen"wir"-Gefühl, dessen formalisierte Freundlichkeit dann Risse bekommt, wenn es imaginär oder real am Fortlauf gehindert wird.

Die „Wende"

Der nationalistische SPD-Slogan, daß „zusammenwächst, was zusammengehört", ist italienischen Verhältnissen gewichen. Die Ossis sind vom Einheitskanzler genauso frustriert, wie der Durchschnittswessi vom östlichen Klagen über verlorengegangene soziale Sicherheiten. Die Feuilletons sind übersättigt vom peinlichen Gejammere gehypter Bürgerrechtsfossilien, die mit der Entdeckung der Demokratie bundesdeutscher Prägung zu den moralisch härtesten Verfechtern eines kruden, nationalgefärbten Antikommunismus emporsteigen. Ein Geschichtsrevisionismus mit der infamen Gleichsetzung von Auschwitz mit den Exzessen des Stasiregimes übertrifft dabei schon teils die Kohlsche „konservative Wende". Das moralische Elend jedoch, das die gemeinsamen Presseauftritte einer jammernden **Bärbel Bohley** umgeben von grinsend-solidarischen CDU-Fratzen zutage bringen, wenn diese ihre von der gesamten bürgerlichen Presse unterstützten Einklagungen bundesdeutscher Rechtsstaatlichkeit fährt, wird gar nicht mehr wahrgenommen. Nach dem Motto: „Meines Feindes Feind ist mein Freund" werden hierbei Gestalten bemüht, die den Kopf der besseren ostdeutschen Sozialdemokratie schon seit langem als „jüdischen Kommunistenschergen" in Stammheim sitzen sehen wollen.

Von der Chance der zivilen Debatte über Autorität und Herrschaft bleibt dabei nur der Ruf nach der erstarkten Stasi-West übrig. Der gesamtdeutsch-solidarische Antikommunismus wird jedoch spätestens dann brüchig, wenn die Angeschlossenen ihren Teil des trockenen Kuchens in den Verteilungskämpfen um die Rudimente des zerfallenden Sozialstaats einzuklagen versuchen. „Die Mauer wieder hoch!" ist dabei noch die zahmste Artikulation bei den Grenzziehungen innerhalb des neudeutschen „wir"-Gefühls, das mühsam mit staatlichen Werbefeldzügen gegen die vietnamesische „Zigarettenmafia" zu kitten versucht und vom ostdeutschen Mob entsprechend willig im Aufklatschen von „Fitschi-Händlern" auf der Straße verstanden wird. Die deutsche Zusammengehörigkeit zwischen Ost und West hat ungefähr dieselbe Tiefe, wie das Miteinander von Immigranten und deutschen Mercedes-Fahrern mit dem Aufkleber „Ausländerhass-ohne mich!": Der öffentlich verordnete Multi-Kulti-Betroffenheits-Mainstream ist schon fast wieder out. Doch er verträgt sich gut mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts, Kampagnen gegen die „ausländischen Dealer und Straßengangs", „gesundem" Nationalempfinden und „kontrollierter Rückführung" derjenigen, für die momentan kein Stellenbedarf mehr in den flexibilisierten Montagehallen, den Imbissketten oder bei der Müllabfuhr ist. Das Verhältnis des Durchschnittsdeutschen zu „seinem Vaterland" ist - allen restlinken Unkenrufen zum Trotz- kein übersteigert libidinös besetztes: das Glitzern in den Augen beim Anblick des Führers ist einem schlichten Desinteresse an den Nöten anderer gewichen und bedarf medialer „Kicks", um wieder wach zu werden. Bei Betrachtung dieser völkisch-emotionalen „Kicks" zur Findung eines „neuen", eines „gesunden" deutschen Nationalempfindens, wie sie die politische Parteienriege von rechts bis links bemüht, dringt nicht unbedingt weniger braune Scheiße an die Oberfläche -nur ist die schon so desinfiziert, daß sie scheinbar keinem mehr so übel aufstößt.

Die äußere Front

Das Gerede über die „Normalisierung" der deutschen Außen- und Militärpolitik dient einzig dem Ziel zur deutschen Interventionsfähigkeit. Der Druck dafür wird entsprechend mit wirtschaftlichen Mitteln geführt. Das deutsche Kapital verlangt nach militärischen Möglichkeiten zur Durchsetzung der Hegemoniebestrebungen der Wirtschaftsgroßmacht BRD und was anfangs noch politisch-taktisch mit „friedenssichernden Maßnahmen" im Golfkrieg und in Somalia getestet wurde, wird nun zum offen formulierten Anspruch: Deutschlands Recht auf Krieg! Die historische Parallele, daß deutsche Soldaten schon einmal grausam auf dem Balkan gemetzelt haben, wird dabei genauso außer acht gelassen, wie das Faktum, daß Deutschland mit seiner einseitigen Anerkennungspolitik im zerfallenden Jugoslawien einen entscheidenen Beitrag zur Eskalation des Krieges beigetragen hatte. Ob dabei nun der Antisemit und Ustascha-Bewunderer **Tudjman** mit seinen den serbischen Nationalisten ähnlichen „ethnischen Säuberungen" oder irgendwelche selbsternannte warlords gestützt werden, ist dabei nicht von entscheidender Bedeutung. Was zählt, ist die innere und äußere Anerkennung für deutsche Soldaten in Action.

Einmal abgesehen von dem Faktum, daß die Greultaten im zerfallenen Jugoslawien nicht ausschließlich einer ethnischen Gruppe zugeschrieben werden können, ist doch für die Linke in diesem Lande zu fragen, welche Möglichkeiten in den neuen europäischen politischen Entwicklungen für kollektive Gesellschaftutopien gegen den Zwang des Kapitalverwertungsprinzips zu entfalten sind.

Diese Linke hat nicht nur mit solchen Auseinandersetzungen genügend zu

tun, sondern sieht sich damit auf weiter Flur allein einer neuen großen Koalition politischer Meinungs- und Funktionsträger gegenüber, die ihren Frieden mit dem deutschen kapitalistischen Staat zunehmend aggressiver verkündet.

Die innere Front

„Heimatliche Gefühle" nennt der grüne Meinungsmacher **Cohn-Bendit** seine „nationalen Gefühle" und plädiert dafür, daß „Deutschland nicht permanent unter antifaschistischer Zwangsquarantäne gehalten" wird. Der ehemalige 68er Revoluzzer meint damit -ähnlich dem nationalistischen **Schäuble**- den militanten Ausbau des politischen Status Quo: „Ich bin davon überzeugt, daß der europäische Gedanke eine der letzten Utopien ist, wofür es sich zu kämpfen lohnt." Kritische Geister und Anhänger pazifistischer Ideen werden dabei im Geislerschen Totalitarismus-Stil verortet: „Für mich ist zum Beispiel jeder, der gegen eine Militärintervention in Bosnien ist, rechts." Nun könnte eingewandt werden, daß derartige Positionen bei der selbsterklärten Pazifisten-Partei nicht mehrheitsfähig seien: Irrtum!

Seit der Realo-Leader **Fischer** aus politischem Machtkalkül auf Kriegskurs umgeschwenkt ist, hat sich die grüne Partei ohne viel Aufsehen von solchen Grundsätzen verabschiedet.

Regierungsfähig sein, heißt nicht nur mit „ökologischer Marktwirtschaft" die FDP offen zu beerben, sondern auch, sich außenpolitisch zu den Grundsätzen des westlichen Imperialismus mit seinen Militär- und Wirtschaftsanforderungen zu bekennen. Das hat mit Moral soviel zu tun, wie schon damals die deutschen Waffenlieferungen an den Irak. (Jugoslawische Deserteure werden übrigens nach wie vor ins Krisengebiet abgeschoben)

„Antifaschismus", „Anti-Nationalismus" sind Begriffe, die im vereinigten Deutschland zunehmend denunzierend gebraucht werden.

Die neue große Koalition zur deutschen Identitätssuche hat bizarre Formen angenommen: von der **TAZ** zur **Jungen Freiheit**, der **FAZ** zum **Spiegel**, vom **Nolte** zur **Vollmer** und dem **Enzensberger** zum Kanzler **Kohl**; alle sorgen sich plötzlich um den Verlust ihrer nationalen Identität, sind gepeinigt von der kollektiven „antifaschistischen Zwangsquarantäne", wollen sich „völkisch neu" definieren und dafür auch wieder schießen können dürfen. „Wirtschaftlich ein Riese, militärisch ein Zwerg"; die Komplexe des Generalinspekteurs der Bundeswehr, **Naumann**, sollen sich gefälligst alle zu eigen machen. Die Alt-68er Riege der neudeutschen Meinungsführer scheut bei diesem Unterfangen sogar nicht vor einer besonderen Form des Geschichtsrevisionismus zurück: Der antifaschistische spanische Bürgerkrieg, die Appeasement-Politik der Anti-Hitler Koalition, die Auschwitz-Relativierung, die Sandinisten und die schändliche linke Verleugnung des deutschen Vertriebenen-Schicksals; alles wird in einen Topf geschmissen zur moralischen Verteidigung der „gerechten Sache", der Bomben auf die Serben und der gemeinsamen Aufkündigung der „Feigheit" des „freien Westens". Die Neue Rechte, vor kurzer Zeit noch als Bedrohung der Demokratie hoch gehandelt, hat ohne viel eigenes Dazutun ihr Ziel der kulturellen Hegemonie erreicht, denn ihr Geschäft besorgen mittlerweile andere: „Ich bin diesem Deutschland nicht nur verhaftet, ich liebe es auch. Und ich will hier eine Linke, die ... deutsch ist", gibt der ehemalige linksradikale „Autonomie"-Redakteur und heutige grüne „Öko-Libertäre" **Thomas Schmid** von seinem Seelenleben kund.

Ein Grund zum Feiern?

Schlechte Zeiten also für linke Gemüter, denn auch diese wollen schließlich vom Image weg, nicht feiern zu können. Allerdings gehört zum Feiern Gemeinsamkeit und die war in der deutschen Linken bekanntlich noch nie großgeschrieben und ist es auch bei den neueren „Anti-Nationalen" nicht. Man muß den Kampf um die wahre und einzige Linie gar nicht so trocken mittels der deutschen Justiz austragen, wie es einigen linksradikalen Zeitschriftsprojekten wohl am Herzen liegt, um die Einsamkeit zu entdecken, in der man sich bewegt. Auch die groß angekündigten offenen Wege zu neuen Ufern linker Identitätsfindung bleiben bisher leider im Sumpf der gegenseitigen Abgrenzungen stecken.

Aber die kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden Realität gehört nun mal zur linken Politikfähigkeit und deshalb kann die gesamtdeutsche moralische wie realpolitische Wende des „neuen" deutschen Staates von links nicht einfach ignoriert werden, nur weil es gerade „hip" zu sein scheint, sich von angeblich traditionalistischen linken Handlungsimperativen ganz postmodern-kritisch zu verabschieden, um dem trendy-nihilistischen „life is a party-Einverstandensein" auch noch die identitätsstiftende Rechtfertigung zu liefern.

„Seitdem der Krieg ist, lebe ich im Keller ... krieg vom Krieg gar nichts mit!" sangen die „Goldenen Zitronen" über das Verhalten zum Golfkrieg. Sie meinten damit allerdings sowohl keine Aufforderung zum Mitschießen für den freien Westen, als auch keine peppigen Kellerfeten zum fröhlichen Feiern des linken Untergangs ... wenn ich das richtig verstanden habe. Deshalb sind gegen die Einheitsjubelfeiern in Düsseldorf verschiedene Gegenaktivitäten in Planung.

Der Artikel wurde uns freundlicherweise von der Düsseldorfer Stadtzeitung "Terz" zur Verfügung gestellt.

Aktionen zum 3. Oktober

Die nationalen Einheitsfeierlichkeiten anläßlich des 5. Jahrestages der sogenannten "Wiedervereinigung" am 3.10.95 finden in Düsseldorf statt. Es sind verschiedene Gegenaktivitäten geplant. Neben einiger Veranstaltungen startet

am 3.10. eine bundesweite Demo. Auftakt ist um 13.00 Uhr auf dem Burgplatz/Altstadt.

Nähere Infos und Plakate erhaltet Ihr über das:

"Bündnis 3.10.95 - Es gibt nichts zu feiern" in Düsseldorf.

Kontakt:

"Bündnis 3.10..."
c/o Büro für ständige Einmischung (BsE)
Oststr. 37
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 358996, in dringenden Fällen: 0172 / 2111311
Fax: 0211 / 358997

Auf dem Weg zu neuen Ufern - Bonner Neonazis und was von ihnen übrig blieb

Auch nach dem FAP Verbot im Februar dieses Jahres ist die rechtsextreme Szene in Bonn weiterhin aktiv. Rechtzeitig war man auf die Situation nach einem Verbot eingerichtet und hatte Überlegungen für eine rechtzeitige Umstrukturierung der Szene angestrengt.

Nach dem Verbot der FAP wurde die alte Kameradschaft Bonn/Rhein-Sieg mit einem neuen Firmenschild versehen und in **Junge Nationaldemokraten** umbenannt. Unter diesem Namen trifft sich der harte Kern der früheren FAP bis heute unter der Leitung des ehemaligen stellvertretenden FAP-Landesvorsitzenden **Ralf Tegethoff**. Mit diesem Schritt vollzieht die Bonner Szene eine Maßnahme zur Umstrukturierung, die sie bereits vor dem FAP Verbot angekündigt hatte. Ein neuer Weg kann nicht ohne qualitative und personelle Einbrüche von statten gehen, jedoch kann eine lokale Szene versuchen, sich möglichst optimal auf die Situation nach einem Verbot einzustellen. Den führenden Kadern der Bonner Szene war bereits ein Jahr vor dem Verbot klar, daß es mit dieser Partei bei einem Verbot enden würde, da diese Konsequenz in kaum vergleichbarer Weise von den Behörden immer wieder ins Spiel gebracht worden war.

Die alten Neuen

Mit dem Wegfall einer übergeordneten Arbeitsstruktur wie der FAP gewannen nun regionale und lokale Arbeitschwerpunkte an Bedeutung. Zum einen gibt es eine weitere Anbindung über die Arbeit mit der NPD und den Jungen Nationaldemokraten an das Projekt des nationalen Infotelefones Rheinland. Zum anderen werden alle anderen strukturellen Maßnahmen, die sich mit der Information und der Zusammenführung der Szene befassen, von einem kleinen Kreis langjähriger Neonazikader vorbereitet und durchgeführt. Personen wie **Hans-Peter Krieger** und **Stephan Nieman** bieten sich hier der Szene wie ein kleines Dienstleistungsunternehmen in Fragen politischer Organisierung an. Als erfahrene Szeneprofis mit Kontakten in alle Lager des Rechtsextremismus in Deutschland und Europa sind sie jederzeit in der Lage, einer regionalen Szene von ca. 150 Leuten entsprechende Arbeitshilfen und Veranstaltungen anzubieten. Die GERMANIA Mailbox dient dabei als zentrales Instrument zur Weitergabe von Informationen und Propaganda, aber auch der Beteiligung und des Austausches mit anderen rechten Kreisen. Der andere Schwerpunkt liegt bei der Organisierung von Vortragsveranstaltungen. So trafen sich bereits drei Monate nach dem Verbot der FAP an die 100 Rechtsextremisten in der Nähe von Bonn, um sich die Reden von **Friedhelm Busse** und dem Geschichtsrevisionisten **Udo Walendy** anzuhören. Weitere Veranstaltungen mit höchster Konspiration wurden in der Folge abgehalten.

Quo vadis?!

Mit dieser Form der informellen Vernetzung und Betreuung von lokalen Zusammenhängen einer rechtsextremen Szene sind Krieger und Niemann einen Weg gegangen, der jenseits der durch Verbote gefährdeten Parteiorganisationen liegt. Ob dieser Weg auf Dauer in der Lage sein wird, rechter Organisierung eine neue Qualität zu geben, bleibt aber mehr als fraglich. Zwar wird intern ein großer Aktionismus an den Tag gelegt, jedoch zahlte sich dieser bisher nicht aus, da sich die Zahl der Mitstreiter und das öffentliche Aufsehen in einem sehr bescheidenen Rahmen gehalten haben.

Was vom Tage übrig blieb - oder wie man aus der Not eine Tugend macht

Trotz der äußerlich sehr rückläufigen Entwicklung der regionalen und lokalen Strukturen deuten die beschriebenen Prozesse auf aktuelle Umbrüche in der militanten rechtsextremen Szene hin. Die bis Mitte der 80er Jahre straff organisierte Hintergrundstruktur der GdNF ist mit ihren Führungskadern im Verlaufe der letzten vier Jahre durch verschiedene Ereignisse ausgedünnt und verändert worden. Mit dem breiten Zulauf zu militanten Rechtsextremisten seit 1989 konnte die GdNF und ihre Vorfeldorganisationen eine Vielzahl an Führungskadern hinzugewinnen. Bis heute sind jedoch nur ein Bruchteil dieser Personen zu einem festen organisatorischen Bestandteil dieser Szene geworden. Ursachen sind mit Sicherheit in der starken Fluktuation des eigenen Mitgliederpotentials, der Unfähigkeit zur Kaderausbildung , der antifaschistischen Gegenöffentlichkeit und staatlichen Maßnahmen zu suchen. Jetzt, wo die militante Szene auf längere Zeit wieder auf ihre minimalen Strukturen zurückgeworfen ist, kann man ihre innere Konsistenz genauer betrachten. Aus diesen Prozessen hat sich deutlich herausgestellt, daß die alte Form der GdNF nicht die Qualität besessen hat, einen entscheidenden politischen Nutzen aus den letzten 10 Jahre für sich zu ziehen. Ganz im Gegenteil, sie war den Anforderungen nicht gewachsen und wurde von der Praxis buchstäblich zerrieben. Übrig blieb das, was die militante rechtsextreme Szene heute opportun als Zellensystem beschreibt, nämlich die informelle Vernetzung der politischen Kader die diese Zeit der Umbrüche überstanden und sich als belastbar erwiesen haben. Diese Personen stellen nun mit ihrem persönlichen Know-how und regionalen Einfluß die Nachfolgestruktur der GdNF dar. Sowie sich ein Krieger und ein Niemann in Bonn als politische Einflußfaktoren in der Szene etabliert haben und ständig damit beschäftigt sind, nach neuen Einfluß- und Agitationsmöglichkeiten zu suchen, so gibt es zur Zeit eine Vielzahl an vergleichbaren Entwicklungen in der alten BRD.

Solingen-Prozeß: „Opfer beleidigt"

Nicht genug damit, daß Richter Wolfgang Stefffen Anfang Juni ein offenkundig gefälschtes Fax vor dem Oberlandesgericht verlas, in dem sich „Türken" zum Solinger Brandanschlag bekannten.

Anfang September, die Beweisaufnahme war längst abgeschlossen und der Prozeß in die Phase der Plädoyers eingetreten, wurden erneut vorgebliche „Zeugen" gehört. Die beiden Rechsextremisten konnten die Opfer des Solinger Brandanschlags bei dieser Gelegenheit öffentlich verleumden.

Der Frauenarzt **Wolfgang Bohn** (49) aus Wetzlar und **Ernst-Günther Kögel** (68) aus Remscheid verbreiteten ein haltlose Geschichte, wonach in der Tatnacht zwei Deutsche am Brandort von einer Gruppe männlicher Türken am Löschen des Feuers gehindert worden seien.

Bohn hatte die Geschichte von Kögel, der sie Anfang 1994 in seiner Zeitschrift **„Deutschland-Schrift für neue Ordnung"** veröffentlicht hatte. Kögel berief sich vor Gericht auf eine Nachbarin der Familie Genc, die im Zeugenstand klar machte, daß alles nur eine üble Lüge ist.

Der frühere Berufsschuldirektor Kögel, zeitweise Vorsitzender der **„Vereinigung gesamtdeutsche Politik"** und Vorstandsmitglied des **„Collegium Humanum"**, ist für lügnerische Hetze bekannt. 1989 verbreitete er die Broschüre **„Die Auschwitz-Pressekonferenz"**, in der er die Existenz von Gaskammern in Auschwitz abstritt. Er wurde deswegen Ende 1990 vom Landgericht Wuppertal zu einer Geldstrafe von 12.600 DM verurteilt.

Bohn ist als Verbreiter der Schriften des rechtsextremen **„Freundeskreises Freiheit für Deutschland"** bekannt, weshalb ein Verfahren gegen ihn anhängig war.

Warum Richter Steffen wegen dieser beiden braunen Krampen die Plädoyers der Verteidigung unterbrechen ließ und das Verfahren weiter in die Länge zog, kann nur spekuliert werden. Offensichtlich soll der Verteidigung nach einem möglichen Urteil kein Grund gegebn werden, in die Revision zu gehen.

Die Nebenklage kritsierte die Vorladung der Rechtsextremisten, die die Gelegenheit nutzten, um „Dreck auf Trüken zu werfen". Auf „ekelerregende Weise" sei rechtsradikales Gedankengut in das Verfahren getragen worden. Zur Aufklärungspflicht gehöre es nicht, Rechtsextremisten ein Forum zu bieten.

Wuppertal: Bewährung für Nazi-Rentner

Im September letzten Jahres erschien die Polizei zur Razzia, jetzt urteilte das Gericht. Der seit etwa zehn Jahren aktive Neonazi **Heinz Baumgarten** (68) wurde wegen Volksverhetzung zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt.

Nach dem Brandanschlag 1993 in Solingen und im folgenden Jahr hatte Baumgarten wiederholt rassistische und volksverhetzende Schriften in Wuppertal und anderswo verbreitet. Der mit einer Griechin verheiratete Rentner ist Geschäftsführer der **„Bürgerinitiative für Ausländertopp" (BIFAS)"**.

Die BIFAS hatte er 1986 zusammen mit Neonazis aus Wuppertal und Solingen gegründet. Mit Ausnahme von Baumgarten, der lange ungeschoren blieb, gerieten **Bernd Koch, Wolfgang Schlösser** und **Wolfgang Binder** schnell mit dem Gesetz in Konflikt. Danach wurde es ruhig um die BIFAS, bis Baumgarten im Dez. 92 in der der der **Deutschen Liga** nahestehenden Zeitschrift **„Deutsche Rundschau"** für die angeblich „unlängst gegründeten BIFAS „ warb.

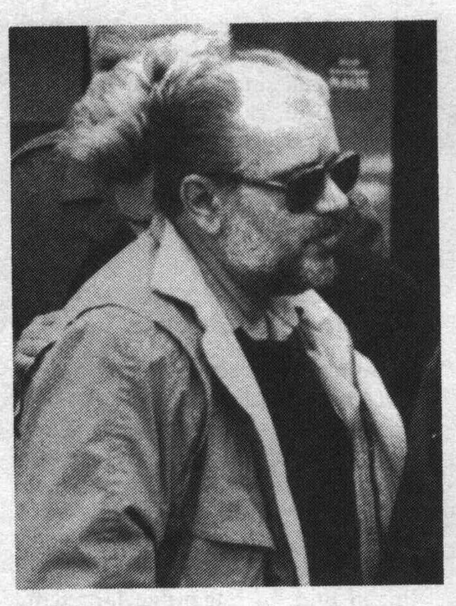
Bisheriger Höhepunkt von Baumgartens brauner Karriere war 1987 die Kandidatur für den Bundestag auf der Liste der NPD.

Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen ehemaligen Schuldirektor

"Wissen Sie, daß Oradour nicht die einzige Geschichtslüge ist, die dazu dienen soll, ein ganzes Volk zu verunglimpfen?" So heißt es in einem Flugblatt, das am 20.06.95 vor dem Düsseldorfer Comenius-Gymnasium verteilt wurde. Autor dieser Hetzschrift ist der Meerbuscher **Joachim Schäfer**, ehemaliger Direktor des Deutschen Gymnasiums in Tokio. Anlaß für ihn dürfte eine Veranstaltung am Comenius-Gymnasium gewesen sein, auf der Robert Hébras, einer der wenigen Überlebenen des SS-Massakers (642 Ermordete) am 10.6.44 im französischen Dorf Oradour, als Zeitzeuge über die Greueltaten der SS-Panzerdivision "Das Reich" unter der Leitung des Düsseldorfer Waffen-SS-Generals **Heinz Lammerding** berichtete. Schäfer, der in seinem Flugblatt zu berichten weiß, "daß es in Ostpreußen und im Sudetenland Hunderte von Oradours an Deutschen" gegeben hätte, ist in Meerbusch schon des öfteren durch rechte Stimmungsmache aufgefallen. Auf Initiative von **Florence Hervé**, Autorin des Buches "Oradour - Blicke gegen das Vergessen" und des Düsseldorfer Appells hat jetzt die zuständige Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren u.a. wegen Volksverhetzung eingeleitet.

Brandanschlag verhindert

Nur dem Eingreifen eines Düsseldorfer Bürgers ist es zu verdanken, daß ein geplanter Brandanschlag am 14.08. auf ein früheres AsylbewerberInnen- und jetziges Obdachlosenheim in Düsseldorf nicht ausgeführt wurde. Ein Fahrgast eines Busses hatte durch Zufall ein Gespräch der beiden Skins mitbekommen, bei dem in aller Deutlichkeit von einem Brandanschlag die Rede war, der am gleichen Abend verübt werden sollte. Den Brandsatz hatten die beiden in einer Plastiktüte dabei, wollten aber noch den mitgebrachten Brennspiritus an einer Tankstelle gegen Benzin auswechseln. Der Fahrgast verließ den Bus bei nächster Gelegenheit und informierte die Polizei, der es gelang, die beiden noch rechtzeitig abzufangen. Beide sitzen währenddessen in U-Haft. Bei dem jüngeren, der von der Polizei als der eigentliche Rädelsführer bezeichnet wird, handelt es sich um den 20-jährigen **Oliver Zervas** aus Düsseldorf-Reisholz, der sich im Umfeld der Düsseldorfer FAP herumtreibt. Zervas war in den letzten



Richard Staginus

Jahren immer wieder an faschistischen Aktionen beteiligt und bereits desöfteren wegen Körperverletzung, Waffenbesitzes und "Verwendung von Symbolen verbotener Organisationen" aufgegriffen und verurteilt worden. So gehörte er z.B. auch zu einer Gruppe, die Anfang 1993 einen jugoslawischen Straßenbahnfahrer mit Baseballschläger und CS-Gas angriff und verletzte. Bei dem 27-jährigen Mittäter handelt es sich nach Polizeiangaben um einen "Mitläufer", der der Polizei wohl bisher unbekannt war. Er hat währenddessen lt. Presseberichten zugegeben, daß die mit Spiritus gefüllte Flasche als Brandsatz benutzt werden sollte, man habe aber noch kein konkretes Ziel gehabt. Genau dieses Bild zeichnet derzeit auch die Düsseldorfer Polizei. Die beiden seien "Spinner". "Sie wollten Feuer legen, es hätte auch ein Auto oder ein anderes Haus sein können", so ein Polizeisprecher, dem es wichtig war, immer wieder darauf hinzuweisen, daß in Düsseldorf eine "rechte Szene" kaum vorhanden sei.

"Die Freiheitlichen" NRW gegründet

Laut Mailbox des NRW-Verfassungsschutzes wurde am 15.06.95 in Oberhausen ein NRW-Landesverband der Partei "Die Freiheitlichen" gegründet. Landesvorsitzender wurde der Düsseldorfer **Richard Staginus**, bis März diesen Jahres stellvertretender Vorsitzender des REP-Landesverbandes NRW und Vorsitzender der REP-Kreisverbandes Düsseldorf. Dem VS nach wurden ausschließlich ehemalige REP-Funktionäre in den Landesvorstand gewählt. Nach NRW gibt es demnach jetzt zwei Landesverbände. Der erste wurde auf Initiative von **Wolfgang Hüttl**, dem ehemaligen REP-Vorsitzenden Bayern, in Bayern eingerichtet.

Verfahren gegen Antifas eingestellt

Am 18.04.95, kurz nach Redaktionsschluß der letzten Ausgabe der ANTIFA NRW-Zeitung, wurden sämtliche Verfahren gegen sechs vermeintliche TeilnehmerInnen an einer Demonstration am 12.08.94 gegen die FAP Düsseldorf und das "Nationale Infotelefon Rheinland" eingestellt. Ihnen war u.a. Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Rädelsführerschaft bei der Durchführung einer nicht angemeldeten Demonstration vorgeworfen worden (siehe ANTIFA NRW-Zeitung Nr. 8). Unklar ist, ob auch das zweite Ermittlungsverfahren, bei dem ein Verantwortlicher des ANTIFA-KOK Düsseldorf/Umland als Demo-Organisator und Initiator ermittelt werden sollte, eingestellt wurde.

Rechte Aktivitäten am 8.Mai

Zum 8. Mai hatte die **Deutsche Liga** ihre Anhänger zu einer Veranstaltung nach Köln-Thielenbruch geladen. Nach antifaschistischer Mobilisierung war das Treffen jedoch kurzfristig verlegt worden und so konnte der geladene Gastredner **Richard Staginus** aus Düsseldorf ungestört seinen Vortrag „8. Mai - Tag der Befreiung?" halten. Staginus, der als „Landesbeauftragter der **Freiheitlichen**" begrüßt wurde, kam allerdings schlecht an. Später erklärte er, er sei den anwesenden DLern wohl zu gemäßigt gewesen.

Am Abend vorher hatte die DL in mehreren Stadtteilen Plakate mit der Aufforderung, den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung zu feiern, geklebt. Die DLer **Manfred Rouhs** und **Markus Beisicht** wurden dabei jedoch von der Polizei festgenommen. Ebenfalls festgenommen wurde ein Mitglied der **Jungen Nationaldemokraten** (JN). Auch die JN hatte Plakate mit der Losung „Wir feiern nicht" im Kölner Stadtgebiet verklebt.

Nicht Opfer sondern Täter

Unter dem Motto: „50 Jahre Befreiung von Faschismus und Krieg" demonstrierten am 8.Mai etwa 1500 Menschen in der Kölner Innenstadt. Dort hatte das Bündnis gegen Rechts eine Kundgebung und ein Musikprogramm vorbereitet. Mehrere tausend Menschen auf dem Alter Markt folgten dem Programm. Bedauerlich nur, daß eine vom Antinationalen Plenum Köln geplante Lesung literarischer Texte, die einen Kontrast zu der karnevalistisch-kölschen Gemütlichkeit auf dem Fest bilden sollte, vom Veranwortlichen der Bühne abgesagt wurde.

Neuer Landesvorsitzender der JN aus Bergisch Gladbach

Aus Bergisch-Gladbach bei Köln kommt der neue Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN). Sein Name ist **Achim Ezer**. Er löst den bisherigen JN-Landesvorsitzenden **Michael Prümmer** aus Stolberg bei Aachen ab, der zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden aufstieg. Ezer hatte bereits 1990 zur Bundestagswahl für die NPD kandidiert. In den letzten Monaten waren in Bergisch-Gladbachs Innenstadt und an Schulen verstärkt Sprühereien und Flugblätter und Plakate der JN aufgetaucht.



Wolfgang Wenske

Bund freier Bürger

Für den 17. Juni hatte der **„Bund freier Bürger - Die Freiheitlichen"** zu einer Versammlung ins Kolping-Haus in Kamp-Lintfort geladen. Dort sollte ein neuer Landesvorstand für NRW gewählt werden. Die Landesgeschäftsstelle des BfB befindet sich in Duisburg (Fliederweg 4). Als Landesvorsitzender fungiert der Aachener Universitätsprofessor **Dr. Heinz M. Kottowski-Dümenli.**

Der außerhalb des Europawahlkampfes in NRW noch nicht öffentlich in Erscheinung getretende BfB lud vier Tage später, am 21.Juni, zu einer Wahlveranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden **Manfred Brunner** ein. Diese fand in Köln statt. Dort hatte sich erst kurz vorher ein Kreisverband des BfB gegründet. Deren Vorsitzender ist der Mülheimer Arzt **Dr. Dr. Broicher**, der bisher noch nicht in rechten Kreisen in Erscheinung getreten war. Anders hingegen der ehemalige REPler **Wolfgang Wenske.** Wenske, der für die Einladungen zur Gründung des Kölner Kreisverbandes des BfB verantwortlich zeichnete, hat schon eine längere rechte Karriere hinter sich. Unter anderem saß er über die REP-Liste im Kölner Stadtrat, wo er jedoch bald mit einem anderen ehemaligen REPler eine eigene Liste gründete. Zuletzt war er durch einen Aufruf zur Gründung von Ortsgruppen „der Opfer des Stalinismus" aufgefallen.

Zu der Veranstaltung in einem Lokal in Köln-Mülheim erschienen etwa 40 Sympathisanten des BfB aus ganz NRW. Aus Köln waren hauptsächlich alte Herren vom **VDR** (Volksbund Deutscher Ring), einer Bündnisorganisation von CDU über „Vertriebene" bis hin zu mehr oder minder offenen Neonazis, anwesend. Auch die Polizei war mit einem größeren Aufgebot vor Ort und hielt eine recht kleine Anzahl von GegendemonstrantInnen vom Blockieren des Veranstaltungsortes ab.

Runde Tische

Nach ihrer Wahlschlappe bei der Kommunalwahl im letzten Jahr versucht sich die Deutsche Liga weiterhin als rechtes Sammelbecken. Am Wochenende des 10./11. Junis tagte laut einer Pressemitteilung der DL ein „Runder Tisch der Konservativen und demokratischen Rechten im Rheinland". Der Runde Tisch, an dem Vertreter „sämtlicher demokratischer Rechtsparteien" teilnahmen, fand angeblich mit über 80 Teilnehmern in Bergisch-Gladbach bei Köln statt. Bei dem Treffen wurde ein „Rheinischer Appell" verabschiedet, in dem angesichts der jüngsten Wahlen zur Beilegung der Zwistigkeiten in der Rechten aufgerufen wird. *„Um die Einheit aller Patrioten (rechtzeitig) vorzubereiten, sollen ab sofort überall lokal, regional und letzlich bundesweit unter dem Motto „Ein Herz für Deutschland" Runde Tische einberufen werden mit dem Ziel, ungeachtet früherer Auseinandersetzungen jede Person und jede Strömung solidarisch zu stützen, die auf eine Sammlung der demokratischen Rechten hinwirkt."*

Für den 2. September hat die DL erneut zu einer Veranstaltung des „Runden Tisches" geladen, auf der der belgische Parlamentsabgeordnete des **Vlaams Blok, Franzis van den Eynde,** sprechen soll. Einlader sollen Funktionäre der Republikaner, der DL, des Aufbruch 94, der Bürger, der Freiheitlichen, der Freien Bürger Union sowie der Öko-Union sein.

Legt mensch die Großmäuligkeit der DL bei ihren bisherigen Veröffentlichungen zu Grunde, stellt sich allerdings die Frage, ob das Ganze nicht nur ein müdes Aufbacken ihres schon seit Jahres erfolglos praktizierten Versuches ist, die rechten Kräfte hinter sich zu sammeln.

Nie wieder Großdeutschland

Vor zugeklebten Schlössern und somit verschlossen Türen standen die Funktionäre und Besucher der **BdV**-Veranstaltung zum 8.Mai im Dortmunder Fredenbaumpark. Ein Gedenkgottesdienst zum Thema „50 Jahre Vertreibung - Unrecht verjährt nicht" war der Hintergrund dieser Aktion am 28. Mai. Großflächig waren Parolen wie „Die Vertreibung begann 33 und nicht 45" auf den Musikpavillon gesprüht worden. Die Polizei ermittelt nun gegen Unbekannt.

Noie Werte vor Gericht

Anfang Juni 95 mußte sich **Michael Wendland**, Gitarrist der Skin Band „Noie Werte" vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft Dortmund warf ihm vor, am 4. Juni 1994 bei einem internationalen Treffen der **„Jungen Nationaldemokraten"** (JN) in Dortmund-Mengede mit einem Messer in der Hand angetroffen worden zu sein. Wendland, frischgekürter Landesvorsitzender der JN in Baden-Württemberg und Jurastudent im 8. Semester, verteidigte sich recht unprofessionell. Trotz all seiner juristischen Fehler, ging er wegen Geringfügigkeit straffrei aus.

White Army in Dortmund

Am 2.8.94 fand am Dortmunder Landgericht die Folgeverhandlung gegen **Thorsten Karl-Heinz Piskorski** wegen. Volksverhetzung, Beleidigung und Körperverletzung statt. Er war „Führungsoffizier" der „White Army", eine Gruppe, die den Antifas aus der Region bislang nicht bekannt war. Die von ihm mitgegründete Gruppe - übrigens ein rassistischer Begriff aus dem Bereich der Amerikanischen **Ku-Klux-Klan**-Bewegung - war nach seinen Angaben bis zu 70 „Mann" stark. Piskorski verherrlichte die Morde von Solingen und kündigte an, die BewohnerInnen des geplanten Flüchtlingsheimes in Dortmund-Nette „persönlich abzufackeln". Vor Jahresfrist wurde er für ähnliche Straftaten bereits auf Bewährung verurteilt. Die 13. Strafkammer folgte seinem Wandel vom Saulus zum Paulus und zeigte sich erneut gnädig. 1 Jahr auf Bewährung hieß folglich das Gesamtstrafmaß.

Prozeßauftakt

Am 7. September 1994 beginnt voraussichtlich der Prozeß gegen den früheren Bundesvorsitzenden der im November 1992 verbotenen **Nationalistischen Front, Meinolf Schönborn**. Ort des Geschehens ist die in letzter Zeit gegenüber Neofaschisten recht milde eingestellte Staatsschutzkammer des Landgerichtes Dortmund. Wir erinnern uns an die Prozesse gegen die Gruppe **„Volkswille"** und **„Nationale Offensive"**. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm unter anderem vor, gegen § 20 des Vereinsgesetzes verstoßen zu haben. Des weiteren soll er auch nach dem Verbot der NF den organsiatorischen Zusammenhalt der Vereinigung aufrechterhalten haben. Sein Verteidiger ist **Jürgen Rieger**, Staranwalt der Neonazis. Rieger selbst war Mitglied der NF und wurde jüngst durch das Landgericht Hamburg verurteilt, da er in einem Kübelwagen mit aufgemalten SS-Runen gefahren war. Seine beiden Panzer aus Beständen der Nationalen Volksarmee wurden eingezogen.




Schönborn und Rieger

Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlich vom Prozeß berichten.

Lünen: Neonazis am Werk

Vermutlich Neonazis zerkratzten am Wochenende mit einem unbekannten Gegenstand die Scheiben eines Lebensmittelmarktes an der Preußenstraße in Lünen.

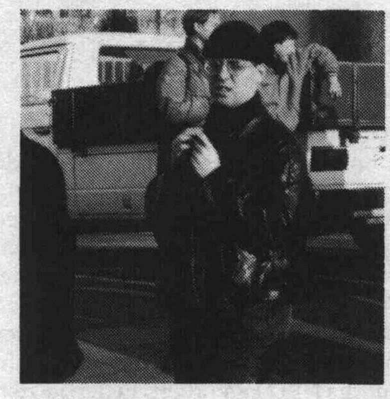
Es wurden die Parolen eingeritzt: „Für das deutsche Vaterland", „Ausländer raus", „Lanstroper Nazis für Hess". Auf einer der Scheiben befand sich ein Hakenkreuz mit einer Größe von zirka 30 Zentimetern und auf einer anderen Scheibe zusätzlich der Schriftzug „MOC". Zwei der Scheiben weisen jeweils ein Einschußloch auf.

Witten: NO Urteil aufgehoben

Das Urteil vom 26. Mai 1994 gegen den „Inneren Kreis" der Wittener Kameradschaft der **Nationalen Offensive** ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft Dortmund vom Bundesgerichtshof am 22.2.1995 aufgehoben worden.

Äußerst glimpflich waren 1994 die Angeklagten, darunter **Christian Sennlaub**, davongekommen. **Richter Reichel** von der Dortmunder Staatsschutzkammer bewies schon damals, daß er für „patriotisch eingestellte" Männer etwas übrig hat.

Bei der Neuverhandlung des §129-Verfahrens in Dortmund, die vermutlich Anfang nächsten Jahres stattfinden wird, wird ein andere/r Richter/in im „Namen des Volkes" urteilen. Was Herr Reichel wohl davon hält? Und ob einmal Recht (statt rechts) an deutschen Gerichten gesprochen wird, bleibt abzuwarten.



Christian Sennlaub

Sauerländer Aktionsfront verstärkt ihre Aktivitäten

Nachdem es zwei Jahre verhältnismäßig ruhig in Meschede blieb, drängt sich die **Sauerländer Aktionsfront (SAF)** nun wieder in die Öffentlichkeit.

In der Nacht zum 8.5.95 verklebten Nazis Aufkleber **der Jungen Nationaldemokraten (JN), Unabhängigen Nachrichten (UN)** usw.

Ende Mai waren **Marco Wrede** (SAF), **Uwe Janz** (SAF-Umfeld) und zwei weitere Personen an einem Autounfall beteiligt. In ihrem Auto wurden Stich-und Schlagwaffen sichergestellt. Zu Hilfe eilende Passanten wurden verprügelt. Sie waren unterwegs nach Grönebach, wo **Manuel Jeuken** (SAF-Umfeld) und **Martin Scheele** (SAF) warteten. Ihr Vorhaben eine Party aufzumischen, konnten sie nicht mehr verwirklichen.

Am 27.5.95 fand in der Mescheder Schützenhalle ein Konzert mit den Gruppen **„Deutsche Patrioten"** und **„Triebtäter"** statt. Es waren etwa 150 Personen anwesend, die aus mehreren Bundesländern anreisten. Die Schützenhalle war für eine „Geburtstagsfeier" gemietet worden. Im Anschluß an das Konzert griffen einige Nazis eine Gruppe Jugendlicher an, von denen zwei verprügelt wurden; eine Person mußte ins Krankenhaus. Das Konzert war von Mitgliedern der SAF organisiert worden.

Über Pfingsten wollten Mitglieder der SAF eine Kundgebung unter dem Motto: „Sofortige Freilassung der Angeklagten im Solingen-Prozeß" in Meschede abhalten. Anmelder war vermutlich **Thomas Kubiak** (führendes SAF-Mitglied). Der 24 jährige Winterberger ist außerdem Besitzer des Postfaches der **Nationalen Jugend** und des öfteren überregional in Erscheinung getreten. Die Kundgebung wurde verboten.

Es ist das erste Mal seit dem 27.12.92, als eine Demonstration der SAF von 200 AntifaschistInnen verhindert wurde, daß die SAF sich mit überregionaler Hilfe wieder in die Öffentlichkeit traut. Wie bei der ersten „Anti-Antifa-Demo" 1991, zu der Nazikader aus der ganzen BRD in Meschede aufmarschierten, liegt die Vermutung nahe, daß sie die Abgeschiedenheit des Sauerlandes ausnutzen wollen, um neue Projekte voranzutreiben.

Sonnenwende in Hetendorf

Seit vier Jahren veranstalten die **Artgemeinschaft, die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GbAEV)** und einige kleinere Organisationen des Nazispektrums in ihrem Schulungszentrum im niedersächsischen Hetendorf eine Schulungswoche rund um die Sonnenwende. Hier soll den Jüngeren die biologischen und geistesgeschichtlichen Grundlagen des faschistischen Weltbildes nahegebracht werden. Die Referate behandeln Themen wie *„Volks- und Brauchtum"*, Heidentum und es werden faschistische Theoretiker vorgestellt. Praktisch wird dies durch Kulthandlungen zur Sonnenwende, germanischen Sechskampf (3-Sprung, Steinstoßen, Speerweitwurf, Axtzielwurf, Bogenschießen, 120-Ellen-Lauf) und gemeinsamen Wanderungen und Tanz ergänzt.

Auch in diesem Jahr standen wieder einige Referenten aus NRW auf dem Programm. **Ralf Koneckis**, Hugo Sickmannstr. 15, aus Dortmund hielt einen Vortrag zu Mythos und Märchen, **Walter Drees**, Kleeweg 6 aus 32602 Vlotho, der auch Ehrenmitglied der GbAEV ist, referierte zu „Volk und Kirche" und **Dr. Heinrich Piebrock**, Buchenring 21 aus 59929 Brilon stellte unter dem Titel „Jahre der Entscheidung - Grundaussagen Oswald Spenglers" diesen Theoretiker des Nationalsozialismus vor.

Bielefeld: BHJ-Sommerlager

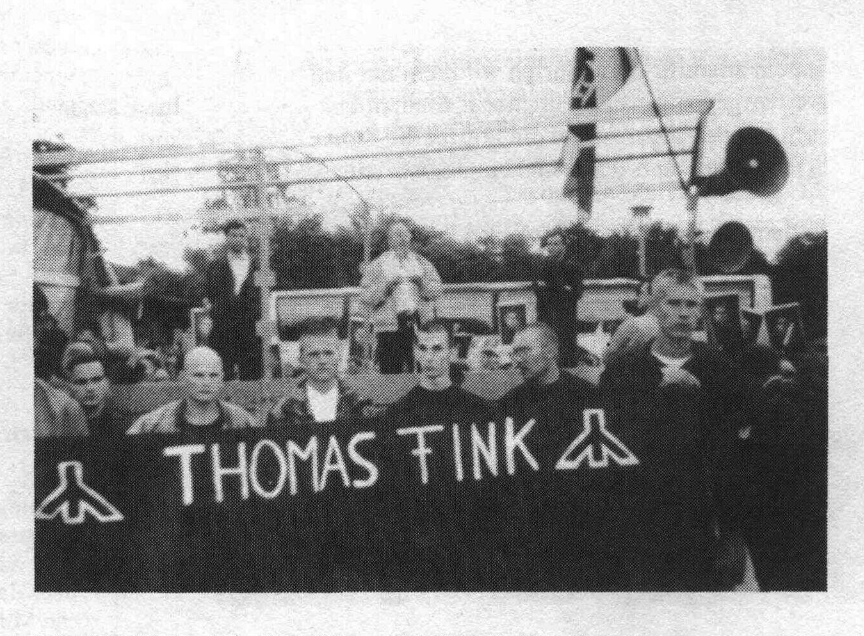
Vom 14.7 - 28.7.95 veranstaltete der **„Bund Heimattreuer Jugend - Der Freibund e.V. (BHJ)"** sein Sommerlager nahe Bielefeld. Das Motto *„unter schwarzer Fahne"* wies schon auf die völkische Tradition des 1958 gegründeten BHJ hin; dieser ist neben der inzwischen verbotenen **Wiking Jugend** die wichtigste Jugendorganisation des rechten Spektrums. Zu den Grundsätzen des BHJ gehört das Bekenntnis zu *„Heimat, Volk und Vaterland"* genauso wie der Glaube an Rassen und daran, *„daß jedes Volk eine natürliche Lebenseinheit darstellt."*

Wir brauchen Geld!

Rechtshilfekonto Wuppertal

Kto-Nr 150 018 401 5

BLZ 330 600 98



SAF-Mitglieder beim "Heß-Marsch" 1992 in Rudolstadt

Martijn Freling: Mitautor von „Eine Bewegung in Waffen"?

Laut der niederländischen Wochenzeitung „Vrij Nederland"(VN) vom 19.8. diesen Jahres läuft gegen **Martijn Freling** ein Ermittlungsverfahren der deutschen Bundesanwaltschaft wegen „Unterstützung der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung".

Aus diesem Grund wurde bei Martijn Freling, NSDAP/AO Mitglied, ehemaliges Mitglied der **Nationalen Offensive** (NO) und Ratsvertreter der **CP'86** im Rotterdamer Stadtparlament, am 16.5. eine Hausdurchsuchung auf Ersuchen der deutschen Behörden unternommen.

Am selben Tag fanden mehrere Hausdurchsuchungen im Bundesgebiet statt. Darunter bei dem Grevenbroicher **Christian Malcoci** (lt. VN) und **Christian Scholz** (siehe HNG Nachrichten). Laut VN seien schon vorher bei den beiden Hamburger Christian Scholz und **Henry Fiebig** Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, bei denen Sprengstoff und Feuerwaffen gefunden worden seien.

Christian Malcoci, Christian Scholz, beides ehemalige NO-Mitglieder, und Henry Fiebig sind laut VN die Hauptverdächtigen in dem Ermittlungsverfahren.

Freling, dem die deutsche Justiz vorwirft, Teil eines internationalen Netzwerkes zu sein, das „Eine Bewegung in Waffen" publiziert hat, weist diese Vorwürfe in dem Artikel weit von sich. Daß er die anderen Beschuldigten sehr gut kenne, gibt er freilich zu, hat er doch von Mitte 1987 bis Ende 1992 in der BRD gelebt und hauptsächlich in der NO gewirkt. Dem Artikel nach will Freling zunächst einmal nicht mehr in die BRD einreisen. Die Möglichkeit eines Auslieferungsantrags seitens der BRD wird in dem Artikel zwar angedeutet, ob dieser aber schon gestellt wurde, geht aus ihm nicht hervor.



Martijn Freling

Lesenswertes

"Jeder Tag ist der 25.April"

Das Dokumentationszentrum „Andrea Uccellini" des besetzen Centri Sociale"Auro e Marco" in Sinaceto, Rom, erstellte die Broschüre im Juni 1994. Aus dem Vorwort von „Andrea Uccellini" über die Broschüre: „Diese Arbeit bestand aus Recherche und einer intensiven Beobachtung der Entwicklung der Rechten in Italien - der extremen Rechten, und die der Schlips- und Kragen-Faschisten mit Deckmantel - seit 1990 bis heute. Mit historischen Anmerkungen auf der Suche nach ihren Wurzeln und den Ursachen der heutigen Situation, mit den Faschisten an der Regierung. Es war nicht einfach und uns fehlen bestimmt einige Daten und Informationen. Diese Broschüre will einen besseren Eindruck in das Netz der organisierten Rechten verschaffen. Wer ihre Führer sind. Welches ihre Publikationen. In welchen Gruppen/ Organisationen sie sich organisiert haben."

„Jeder Tag ist der 25. April" ist von italienischen Einwanderern übersetzt worden, die hier in der „Antifaschistischen Aktion Leverkusen" organisiert sind. Sie wollen mit der Veröffentlichung dieser Übersetzung zur Zusammenarbeit deutscher und italienischer AntifaschistInnen beitragen.

Die Broschüre ist unter dem Stichwort „25.April" über die „Antifaschistische Aktion Leverkusen", - Räume - Hauptsraße 118, in 51373 Leverkusen zu beziehen. Sie kostet drei Mark (plus drei Mark Porto) und ist nur gegen Vorkasse, in bar oder Briefmarken erhältlich.

Turning the tide

Turning the tide ist eine antifaschistische und antirassistische Zeitung aus den USA. Die Themen reichen von antifaschistischen Recherchen über den KuKluxKlan, Aryan Nation, Christliche Milizen, faschistische Skinheads bis hin zu Berichten zu dem Terror gegen Abtreibungskliniken und Gewalt gegen Frauen. Ebenso ak-

tuell sind die Berichte zu staatlichem Rassismus, Propotion 187, Gewalt gegen Immigrantinnen und Native Americans, sowie zu politischen Gefangenen und der Blick über die Grenzen nach Kanada oder Mexiko.

Herausgegeben wird die Zeitung von PART und erscheint alle zwei Monate. PART steht für People Against Racist Terror und ist dem CDR, Center for Democratic Renewal, angeschlossen. In den Staaten kostet eine Ausgabe 2 $, heißt umgerechnet 3,- DM.

Zu bestellen ist TURNING THE TIDE unter der Adresse : People Against Racist Terror, P.O. Box 1990, Burbank, CA 91507

The 43 Group

Antifaschisischer Kampf in Großbritannien 1946 - 1950

Das im Harald Kater Verlag (Berlin) erschienene Buch von Morris Beckmann ist eine Beschreibung der Situation im Nachkriegs - England. Antisemitische Gruppen um Oswald Mosley hatten durch die besondere politische Lage Großbritanniens, einerseits den eskalierten Palästina - Konflikt und andrerseits den Public Order Act, der das Stören politischer Reden unter Strafe stellte, ein fruchtbares Umfeld für faschistische Propaganda. Beckmann, eines der Gründungsmitglieder der von 43 jüdischen Soldaten und Soldatinnen gegründeten Antifaschisten Gruppe, beschreibt mit spannender Lebendigkeit die Gründung, das Anwachsen und die Probleme der 43 Group. Es erinnert in vielerlei Hinsicht an Erfahrungen, die auch antifaschistische Gruppen der 90'er Jahre machen können. Die Euphorie nach gelungenen Aktionen, das Bilden von effektiveren Strukturen und letztlich die Auflösung der Gruppe. Ein lesenswertes Buch, in dem ein Teil der antifaschistischen Geschichte Europas spannend und realitätsnah aus erster Reihe beschrieben wird.

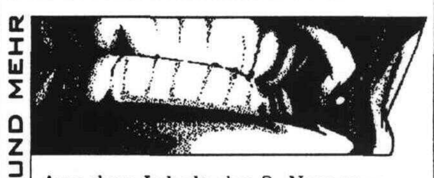
Erschienen im Harald Kater Verlag, Berlin, ISBN 3-927170-08-9

ABONNIERT!



erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 40 Seiten. Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen. Ein hehres Ziel!

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Aus dem Inhalt der 2. Nummer:
- Oberwart:
Morden für den starken Mann
- Das braune Terrornetz
- Kirchweger und Borodajkewycz
- Jüdischer Widerstand
und vieles mehr

Einzelexemplar: 25 öS, 5 DM, 5 sfr.
4-Nummern-Abo: 100 öS, 20 DM.
Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag wird mit deiner Adresse, deinem Begehr und der Bezahlung mit H. Mader beschriftet und in das äußere Kuvert mit der Anschrift Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien gesteckt und ab die Post.

IDA - Publikationen

Beim **Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft e.V. (IDA)** sind folgende Verzeichnisse und Broschüren zum Themenbereich Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Flucht/Asyl und multikulturelle Gesellschaft erhältlich.

Reader:
- Interkulturelle Pädagogik
- Rechte Jugendliche und ihre Organisationsformen
- Partizipation von Jugendlichen ausländischer Herkunft in der Jugendarbeit

Verzeichnisse:
- ReferentInnenverzeichnis
- KünstlerInnenverzeichnis
- Ausstellungsverzeichnis
- Spieleverzeichnis
- Film- und Videoverzeichnis
- Verzeichnis von Bildungs- und Unterrichtsmaterialien

Bitte fordern Sie den Bestellschein an bei:

IDA **Informations- Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft e.V.**
Friedrichstraße 61a, 40217 Düsseldorf
Telefon 02 11/37 10 26, Fax 02 11/38 21 88

Versorgungslinie NORD

Die deutsch-dänische Nazi-Connection

Eine Broschüre von Demos (Kopenhagen) und ATZE (Kiel)

Ende 1994 sorgten deutsche Neonazis in Dänemark monatelang für Schlagzeilen. Nach dem Altnazi *Thies Christophersen* hatte sich unweit der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland auch Führungspersonal der verbotenen *Nationalistischen Front* niedergelassen; ihr Ziel: der Aufbau eines Nazi-Stützpunktes.

In einer umfangreichen Darstellung zeichnet die Broschüre *Versorgungslinie Nord* erstmals Geschichte, Umfang und Charakter der internationalen Zusammenarbeit von Nazis an konkreten Beispielen nach. In einer Vielzahl von Beiträgen werden unter anderem folgende Aspekte behandelt: Geschichte und Aktivitäten der NSDAP/AO, Thies Christophersen und die „Internationale der Auschwitzleugner", die Kooperation von FAP und NF mit dänischen Nazis, das Nazi-Netzwerk in der Grenzregion Flensburg, ...

Die Broschüre (64 Seiten A4) ist in guten Buchläden) sowie (nur gegen Vorkasse: 7,- DM + 2,- DM Porto und Verpackung) direkt bei der ATZE (Schweffelstraße 6, 24118 Kiel) erhältlich.

Bankverbindung: S.Petersen, KtoNr.: 47 53 83 - 204, Postgiroamt Hamburg BLZ: 200 100 20


ANTI-FASCISTISK AKTION